

Der Wertil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 116000 Exemplare

Inhalt:

Das Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften. — Eine neue Gefahr für das Koalitionsrecht. — Der Siegeslauf der Maschine (I). — Ueber die einheitliche Garnnumerierung. — Bericht von der Gaunkonferenz in Schlesien. — Ein Trid der Berufsgenossenschaften. — Zur Gründung von gelben Gewerkschaften in Bittau. — Ein Wort an alle Posaentiere! — Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter im Jahre 1907. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Die 9. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Aus dem Reichstage. — Soziales. — Aus Unternehmertreffen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Betriebsunfälle. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau. — Wirtschaftliche Rundschau.

Das Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften.

Das neue Vereins- und Versammlungsrecht für Deutschlands Arbeiter, die erste Frucht der positiven Arbeit der Linken, d. h. der freisinnigen Volkspartei, Freisinnigen Vereinigung und der süddeutschen Volkspartei, ist nun unter Dach und Fach gebracht worden; am 15. Mai d. J. wird das Gesetz bereits in Kraft treten. Und da dieses Gesetz mit all den schädlichen Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter angenommen worden ist, mit denen der Regierungsentwurf in der Kommissionsberatung bepackt worden war, so werden die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren vom 15. Mai ab ihres Koalitionsrechts beraubt sein und dem gleichen Schicksal wie das Koalitionsrecht derjenigen fremdsprachigen Arbeiter verfallen, welche in Kreisen wohnen, in denen mehr wie 40 Proz. der Bevölkerung die deutsche Sprache als Muttersprache besitzt. Welche ungünstigen Folgen das für die deutsche Arbeiterschaft haben wird, das haben wir schon in der Nr. 14 des „Textilarbeiter“ in dem Artikel: „Dem Abgrund entgegen“ mit aller Deutlichkeit auseinandergesetzt. Schon dort sagten wir, daß die Ausnahmebestimmung des § 7 (jetigen § 12), wonach in Kreisen mit weniger denn 60 Proz. eingetragener fremdsprachiger Bevölkerung in den öffentlichen Versammlungen nur „deutsch“ gesprochen werden dürfe, keinen anderen Sinn habe, wie den, die fremdsprachigen Arbeiter an der Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu hindern und die deutschen Arbeiter dadurch zu unterstützen, mit ihren fremdsprachigen Kollegen gemeinsame Sache zur Erzielung besserer Löhne und Arbeitsbedingungen zu machen. Das wird jetzt bestätigt durch eine Aeußerung des freisinnigen Abgeordneten Müller-Meinungen, des Hauptleiters dieser Ausnahmebestimmungen im Reichstage, welche dieser im Zentralauschuß der Freisinnigen Volkspartei in Berlin gemacht hat. Nach einem Bericht der „Post“ sagte Herr Müller-Meinungen:

„Tagelang habe man darum gekämpft, die Gewerkschaftsversammlungen aus dem § 7 auszunehmen. Die Sozialdemokratie habe keine Ahnung von den Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, denen auch Fürst Bülow schließlich nicht gewachsen gewesen wäre.“

Damit wird bestätigt — was ja auch von anderer Seite bereits festgestellt worden war —, daß es außerhalb des Reichstages stehende mächtige Interessentengruppen, also Unternehmerorganisationen gewesen sind, welche, um die Gewerkschaftsbewegung an ihrem siegreichen Vorwärtsschreiten zu hindern, die Ausnahmebestimmungen gegen die fremdsprachigen Arbeiter gefordert haben. Nach diesem Zugeständnis kann die Tatsache nicht mehr bestritten werden, daß der Zweck dieser Ausnahmebestimmung von vornherein kein anderer gewesen ist, wie der, die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter zu unterbinden und daß es nur eine Irreführung der Öffentlichkeit war, wenn man vorgab, diese Ausnahmebestimmung gelte der nationalen Bewegung der Polen. Um so verwerflicher ist aber dann das Verhalten jener Parteien, welche im Reichstage für das Ausnahmegesetz gestimmt haben. Daß es dabei die Freisinnigen waren, welche, unter Mundtotmachung der Opposition, der Reaktion das Koalitionsrecht auslieferten, das wundert uns bei dieser durch und durch korrupten Gesellschaft nicht. Uns empört nur die unerhörte Frechheit, mit welcher diese Gesellschaft es wagt, sich als Freunde der Arbeiter aufzuspielen und mit welcher sie es wagt, die Behauptung aufzustellen, das trotz der genannten Ausnahmebestimmungen verborgene Gesetz enthalte gegenüber dem jetzigen Zustand so viele Verbesserungen, daß es vom liberalen Standpunkt aus nicht gerechtfertigt gewesen sei, dieser Ausnahmebestimmungen wegen das ganze Gesetz fahren zu lassen. Diese politischen Gaukler glauben wahrscheinlich, daß alle Staatsbürger so konfus sind wie sie, und nicht mehr zwischen Tag und Nacht zu unterscheiden vermögen. In Wirklichkeit beruht das freisinnige Lob des neuen Vereins- und Versammlungsrechtes auf einer kolossalen, geradezu an Plunzerei grenzenden Uebertreibung. Das geht sehr deutlich aus einem Artikel hervor, den der Bürgermeister Dr. Schüding-Susum im „Berliner Tagblatt“ veröffentlicht hat. Herr Bürgermeister Dr. Schüding weist in jenem Artikel nach, daß, nachdem den Bestimmungen des § 16 des Reichsvereinsgesetzes entsprechend das preussische Gesetz vom 11. März 1850 aufgehoben worden sei, das Reichsvereinsgesetz aber nur die Rechte der Reichsangehörigen regelt, für die Ausländer überhaupt kein Versammlungsrecht mehr, weder das Recht, Versammlungen

einzuüberufen noch Versammlungen beizuwohnen, existiere. Bis jetzt war es für die preussische Polizei gar nicht so einfach, eine Versammlung zu hindern, in der ein Ausländer einen Vortrag halten wollte. Mit der Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen kam man nicht weit. Man mußte also schon auf Gründe der allgemeinen Sicherheit zurückgreifen. Das war schwer, sehr schwer zuweilen. Jetzt hat kein Ausländer mehr das Recht, sich an einer Versammlung zu beteiligen. Es existiert über das Versammlungsrecht von Ausländern überhaupt keine Bestimmung mehr. Die Polizei kann also das Fremdenrecht anwenden. Dies Fremdenrecht bestand theoretisch in dem Ausweisungsrecht, praktisch in dem Recht, die Ausweisung durchzuführen und den Ausländer in Schutzhaft zu nehmen bis zur Ausweisung. Aber es ist jetzt praktisch erweitert. Die Polizei hat jetzt auch das Recht, den Ausländer am Besuch von Versammlungen zu hindern. Das ist ein für die Polizei erfreulicher Rückschritt gegenüber dem preussischen Gesetz von 1850. Außerdem finden die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Vorschriften Anwendung, sagt das Vereinsgesetz, soweit es sich um die Abwendung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit handelt. Nach wie vor wird also der Gendarm, denn der hat doch zu entscheiden, manches politische Versammlungslokal haupolizeilich für gefährlich erklären und deshalb räumen können.

Daß nach § 2 des neuen Gesetzes der Verein keine Mitgliederlisten mehr an die Polizei einzureichen hat, bezeichnet Dr. Schüding nur bei nur oberflächlicher Betrachtung als einen Fortschritt. Man vergißt nur, sagt er, daß die Polizei ein Recht hat, Auskunft zu verlangen und zu fordern. Wenn jetzt bei der Polizeiverwaltung angefragt wird, ob jemand Mitglied eines politischen Vereines sei, und solche Anfragen ergehen von Behörden vielfach, dann muß der Vorstand gefragt werden. Der Vorstand wird die Auskunft ebenso erteilen, wie er früher die Liste einlieferte. Die Behörde hat etwas mehr Arbeit. Bisher ließ man die Leute in Ruhe, weil man die Listen hatte, vor allem unterschied man scharf zwischen Gewerkschaftsmitgliedern, die dem sozialdemokratischen Wahlverein angehörten und solchen Gewerkschaftlern, die nicht Sozialdemokraten waren. Wenn man jetzt nicht mehr die Listen hat, muß das bei jedem Gewerkschaftler festgestellt werden. Die meisten Behörden werden wahrscheinlich künftig die Gewerkschaftler sämtlich als Sozialdemokraten ansehen. Ob der Fortschritt also ein so großer ist, erscheint sehr fraglich. Daß die Satzungen deutsch sein müssen, ist eine negative (schikanöse) Maßregel für die fremdsprachigen Gegenden und neu gegenüber dem preussischen Gesetz von 1850. Ein Fortschritt gegenüber diesem Gesetz ist die Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen. Wer die Praxis kennt, weiß, daß das beste Verbot bisher dadurch umgangen wurde, daß der Verein einfach eine öffentliche Versammlung veranstaltete, dann durften Frauen da sein. Es durfte allerdings keine öffentliche Vereinsversammlung sein. Ein Privatmann, gewöhnlich ein Vereinsmitglied, lud dazu ein. Jeder wußte, worum es sich handelte.

Öffentliche Versammlungen im Freien können nach wie vor wegen Gefahr für die öffentliche Sicherheit untersagt werden. Man fragt sich, was sich da eigentlich geändert hat? Störung der öffentlichen Ordnung ist kein Verhinderungsgrund mehr. Die Praxis wird dieselbe bleiben, die Genehmigungspflicht ist einen Tag kürzer. Wer die Praxis kennt, weiß, daß das oft ein Danaergeschenk ist. Wie soll, wenn sich der Regierungspräsident, was er oft tut, die Genehmigung vorbehält, dieselbe innerhalb 24 Stunden eintreffen? Wird die Regierung wegen einer sozialdemokratischen Versammlung telegraphieren? Das fällt ihr gar nicht ein. Die Sache wird im Geschäftsgange erledigt, und das dauert sicher länger als 24 Stunden!

Die Bestimmungen über Versammlungen unter freiem Himmel haben sich also in der Praxis für Preußen kaum verbessert.

Die Bestimmung, daß politische Versammlungen einen Leiter haben müssen statt der früher erwähnten Ordner, Einberufer, Unternehmer, Vorsitzenden, ist wohl nur im Interesse der Polizeibehörde getroffen.

Alsdann weist Dr. Schüding darauf hin, daß das Vereins- und Versammlungsverbot für Personen unter 18 Jahren erheblich schlimmer sei als im bisherigen preussischen Recht, wo es nur für Verhelfer und Schüler bestand; und daß ferner zwischen politischen Vereinsversammlungen und öffentlichen politischen Versammlungen immer noch kein sichtbarer Unterschied gemacht worden sei. Und am Schluß des Artikels heißt es dann:

„Man wird in Preußen die Sache genau so wie bisher handhaben, nur daß man Ausländer und junge Leute entfernt, Frauen zuläßt und fremde Sprachen unterdrückt. Die Frauen warf man in der Praxis auch bisher schon nicht heraus; vergleiche die Erklärung des Ministers v. Hammerstein über die Versammlung im Zirkus Busch.“

Im übrigen läßt sich jede der alten Vegetationen, Beunruhigung, Plage usw. weiter durchführen, und für die neuen gegen Ausländer, Fremdsprachige und Jugendliche hat man endlich jetzt gesetzliche Unterlagen.“

So sehen also die „Verbesserungen“ aus, wegen deren der Freisinn den Arbeitern ihr einziges Mittel, sich ihre Lebenslage zu verbessern, franguliert hat.

Aber nicht nur der Freisinn hat das getan, sondern, so unglücklich es auch klingen mag, auch ein leibhaftiger Gewerkschaftssekretär, allerdings ein christlicher, hat bei dieser Strangulation mitgeholfen. Es ist dies der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens, der Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes. Herr Behrens ist einer jener „6 bis 7“ direkten Vertreter der „christlich-nationalen“ Arbeiter, angeführt durch Wahl in den Reichstag im vorigen Jahre unsere fromme Tante vom Rhein, gleich einer alten Beschmeister der Heilsarmee, die eine neue Seele gerettet hat, in Verzügungen geriet. In der Nr. 7 vom 16. Februar 1907 war es, wo unsere Tante von diesen Verzügungen befallen wurde. Wie gewöhnlich bei ihr, nahm sie damals den Mund gehörig voll, so daß wir ihr schon in Nr. 10 des „Textilarbeiter“ vom vorigen Jahre eine Douche verabreichen

mußten, um zu verhindern, daß sie vor lauter Ruhmbiegheit vollends über Schnappe. Damals fabulierte sie folgendermaßen drauf los:

„... Unser evangelischer Kollege Franz Behrens ist in Weklar-Altenkirchen mit großer Majorität als Abgeordneter gewählt worden.“

So schied denn die christlich-nationale Arbeiterschaft im ganzen 6 bis 7 direkte Vertreter und Angehörige ihres Standes ins Parlament. ...

Die christlichen Arbeitervertreter werden reichlich Gelegenheit finden, die Interessen der Arbeiterschaft im deutschen Parlament wahrzunehmen. Das wird zwar nicht dadurch geschehen, daß sie große Reden zum Fenster hinaus halten, sondern die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft werden das Möglichste für die Arbeiterschaft zu erreichen suchen, sie werden praktische Arbeit zu leisten sich bestreben.“

Auf diese Verzäpfung der Vorschuhlorbeeren hin haben wir schon im vorigen Jahre in dem Artikel: „Christliche Großsprecher“ gesagt: „Was diese „Männer der Arbeit“ im Reichstage „leisten“ werden, das können wir ruhig abwarten.“ Und nun liegt die erste positive Leistung des einen dieser „Männer der Arbeit“, des Kollegen der Hintermänner der „christlichen Textilarbeiterzeitung“, vor. Und in was besteht diese positive Leistung? Nun, in der Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter. Es ist, wie gesagt, unglücklich, aber wahr: Der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens, Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, hat seine Stimme abgegeben für den § 7, für das Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, und zwar hauptsächlich gegen die Arbeiter der Organisation, deren Beamter er ist, denen er seine Existenz verdankt. Da hört denn doch alles auf! Was diese positive Leistung des Herrn Behrens an schädlicher Wirkung für die Mitglieder der eigenen Organisation des Herrn Behrens zur Folge hat, das sagt Herr Giesberts in der Nr. 367 der „Köln. Volksztg.“ Dort heißt es:

„Der Gewerbeverein christlicher Bergleute gibt ein polnisches Organ heraus und hat mehrere Tausend polnische Mitglieder, auch eigens einen polnischen Redakteur angestellt und sucht seit langer Zeit einen polnisch sprechenden Sekretär. Diese müssen auch nur die bedingte Zustimmung zu dem § 7, der auch nach Annahme des Antrages zugunsten der Gewerkschaften immer noch ein politisches Ausnahmegesetz gegen die Polen bedeutet hätte, auf das schärfste beurteilen. Außer den deutschen Polen kommt aber für den Gewerbeverein christlicher Bergleute die große Waffe fremdländischer Arbeiter im Ruhrgebiet und in Lothringen in Frage. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der § 7 die Organisation dieser Massen und ihre Gewinnung für den Gewerkschaftsgedanken außerordentlich erschwert, fast unmöglich macht. Außerdem aber darf die christliche Arbeiterbewegung nicht zugeben, daß ihre Vertreter im Reichstage Ausnahmegesetze gegen Volksminderheiten ihre Zustimmung geben. Ein Stand, der gegenwärtig ist, auf allen Gebieten sich die Gleichberechtigung mit schweren Opfern zu erkämpfen, muß die Rechtsgleichheit aller Volksgenossen vor dem Gesetze als Prinzipalforderung unbedingt festhalten, will er nicht seinen schlimmsten Gegnern die Handhabe zu Ausnahmegesetzen sozialpolitischer Art einräumen.“

Diese positive Leistung des Herrn Behrens wird einigermaßen verständlich, wenn man erfährt, daß dieser christliche Gewerkschaftssekretär Vorstandsmitglied eines Unternehmerverbandes ist. Die „deutsche Bergwerkszeitung“ bringt nämlich einen Bericht über eine Generalversammlung des Deutschen Erzguberverbandes, aus welchem hervorgeht, daß neben den Herren Dr. ing. E. Guillaume, Bergwerksbesitzer Ansjorge, Generaldirektor Koegel usw. auch der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens zum Vorstände gehört. Daß ein solcher Gewerkschaftsführer, trotz seines Eintretens für eine die Arbeiter aufs schwerste schädigende Ausnahmebestimmung, auf seinem Posten bleibt, verbollständigt nur die ungeheure Korruption, die auch im Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht. Öffentlich sehen aber nun die Arbeiter, in welchen Sumpf sie von den christlichen Gewerkschaften geführt werden.

Es ist schwer, heute zu sagen, welche ernstlichen Verwickelungen sich für die Gewerkschaften aus Anlaß der Handhabung dieses Gesetzes ergeben werden; denn das Schlimmste bei der ganzen Sache ist ja, daß wir nun zwar ein einheitliches Vereinsgesetz für das ganze Deutsche Reich haben, daß aber die Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen den einzelnen Landesverwaltungen vorbehalten worden ist. Wir werden also in Zukunft nur auf dem Papier ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Reich haben; in der Praxis aber wird es zum mindesten ebenso buntschwarz sein, wie bei dem jetzigen Zustand, wo jedes Ländchen sein eigenes Vereins- und Versammlungsrecht hatte. Und daß man in Preußen die Ausnahmebestimmungen der §§ 7 und 10 (jetigen §§ 12 und 18) gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in der rigorosesten Weise anwenden wird, darüber sind sich auch die freisinnigen Wackdrüber nicht im Zweifel. Um nun die empörten Arbeiter zu beruhigen, haben die Freisinnigen ein neues Täuschungsmanöver unternommen. Sie haben nämlich im preussischen Abgeordnetenhaus, dessen Legislaturperiode jetzt abgelaufen ist, folgenden Antrag eingebracht:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, für den Fall, daß ein Reichsvereinsgesetz in der vom Reichstag in zweiter Lesung beschlossenen Fassung zustande kommt, auf Grund der darin enthaltenen Ermächtigungen schleunigst durch Vorlegung eines Landesgesetzes oder im Wege allgemeiner Anweisung an die nachgeordneten Behörden dafür Sorge zu tragen, daß die fremdsprachigen Teile der Arbeiterschaft nicht durch Anwendung der Bestimmungen des § 7 in der Verfolgung geschädigt zu lässiger Bestrebungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie sonstiger Berufsangelegenheiten gehindert werden.“

Sehr zutreffend kennzeichnet die innere Verlogenheit dieses plumpen Täuschungsmanövers die „Berliner Volkszeitung“, indem sie schreibt:

„Unseres Erachtens hat dieser Beschluß lediglich den Zweck, den Arbeiterorganisationen (den Gewerkschaften), die gegen den Sprachparagrafen Protest erhoben hatten, Sand in die Augen zu streuen. Man schämt sich vor den Arbeitern wegen der schändlichen Nichtachtung ihrer berechtigten Mahnungen und fürchtet, von ihnen in freisinnigen Versammlungen zur Rede gestellt und verhöhnt zu werden. Darum gebärdet man sich plötzlich so, als ob man wunder was für sie tut, wenn man im preussischen Abgeordnetenhaus mit seiner arbeitserfreundlichen Mehrheit einige — in diesem Falle unschädliche — unverbindliche Redensarten für die Arbeiterberufsvereine vom Stapel läßt! Man übersieht dabei, daß die Arbeiter viel zu sehr geschult sind, um sich durch dieses Komödientenspiel dumm machen zu lassen! Ihnen wird das ganze Geknechte als das erscheinen, was es in Wirklichkeit ihren berechtigten Interessen gegenüber ist: der reine Hohn!“

Ja gewiß, es ist nichts weiter wie blutiger Hohn, wenn man dort, wo man die Möglichkeit dazu hatte, zu verhindern, daß der Arbeiterkraft ihre Rechte genommen werden, anstatt dies zu tun, sich selbst in der herborragendsten Weise an dieser Wegnahme beteiligte und dann bei denen, denen zuliebe die Wegnahme erfolgt ist, den Antrag stellt, diese Wegnahme, die längst vollzogen ist, nicht zu vollziehen. Kein wirklich blutiger ist die Arbeiterkraft noch nicht verhöhnt worden, als wie es hier durch die freisinnigen geschehen ist. Und wir können daher heute, nachdem dieser Verrat an den Arbeiterrechten vollendet ist, nur wiederholen, was wir vor fünf Wochen sagten: Diese reaktionäre Gesellschaft des Prinzipienverrats und der politischen Grundlosigkeit muß endgültig aus dem politischen Leben Deutschlands vertilgt werden und bei der bevorstehenden Landtagswahl in Preußen ist der Anfang damit zu machen.

Eine stete Gefahr für das Koalitionsrecht.

Vor vier Jahrzehnten wurde das Koalitionsrecht als eines der unüberwindlichen Rechte der Arbeiter in die deutsche Gesetzgebung eingeführt. Die bis dahin bestehenden Koalitionsverbote wurden als unhaltbar aufgehoben, weil der gewerbliche Arbeiter als einzelner dem wirtschaftlich weit überlegenen Unternehmer gegenüber machtlos, der Koalition bedürftig, um seine Lage zu verbessern und sich und die Seinen gegen ein Verjinken in Pauperismus zu schützen. Die preussische Regierung war damals fäulnisbereit, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, ließ sich aber von diesem lässlichen Bestreben wieder abbringen. Später wurde sie einer der erbittertesten Gegner des Koalitionsrechtes auch der gewerblichen Arbeiter.

Schon die erste Streifepoche der deutschen Arbeiter während der Gründerära erschreckte die bürgerlichen Parteien derart, daß sie nach Aufhebung oder mindestens nach Einschränkungen des Koalitionsrechtes schrien. Von Preußen ausgehend, fanden diese Unentwürfe im preussischen Landtage stets ihren stärksten Widerhall. Ein Vorgehen das Koalitionsrecht war aber zunächst nur im Reichsgesetzgebungswege möglich, und bei zwei solchen Versuchen versagte der Reichstag, trotz der Drohung des preussischen Ministers von Eulenburg, daß es dahin komme, „daß die Klinge schießt und der Säbel haut“. Glücklicher war die preussische Justiz bei ihrem Bemühen, die Gewerkschaften vereinsgesetzlich abzumürgen. Herr von Tessenberg erklärte sogar in öffentlicher Gerichtsverhandlung: „Jede Arbeiterkoalition sei als staatsgefährlich zu unterdrücken.“ Das Ausnahmegesetz von 1878 ermöglichte es dann der Reaktion, neben den sozialdemokratischen Organisationen auch die meisten Gewerkschaften aufzulösen, aber noch immer bestand der § 152 der Gewerbeordnung, der den Arbeitern ebenso gut wie den Arbeitgeber das Recht gab, sich zu Koalitionen zusammenzuschließen. Das mußten denn auch die Gerichte gegenüber den seit 1880 immer zahlreicher aufblühenden Fachvereinen und Gewerkschaften anerkennen, sehr zum Leidwesen der preussischen Polizei, die alles aufbot, um den Arbeitern das Koalitionsrecht wieder zu nehmen zu machen. Das preussische Vereinsgesetz von 1850 und das preussische Versicherungsgesetz von 1846 bewirkten, was das Sozialistengesetz nicht vermochte, und als auch dies nichts half, ließ der preussische Polizeiminister v. Puttkamer seinen Streikverbot, der den Polizeibehörden strengstes Einschreiten gegen jede Verlesung von Arbeitswilligen — diese dem Staate so nützlichen Elemente — empfahl. Unermüdlich war die preussische Regierung in der Verfolgung der Gewerkschaften — sie war die Seele der Reaktion. Und niemand trat gegen diese Wirttschaft auf im preussischen Landtage. Keiner, der dieses Schreiben an den Pranger stellte oder sie dafür zur Verantwortung zog. Nur der Sozialdemokrat im Reichstage blieb es vorbehalten, für das bedrohte Koalitionsrecht der Arbeiter einzutreten.

Und dann kam der Tag, wo das Ausnahmegesetz sein Ende erreichte, weil es sich machtlos erwies gegen die emporkommende Arbeiterbewegung. Schon der große Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 hatte die Wut der Scharfmacher aufgestachel, noch mehr aber der Empfang der Bergarbeiterdeputation durch den deutschen Kaiser. Entrüstet interpellierte der preussische Landtagsabgeordnete Bergemann die Regierung, welcher Minister die Verantwortung für

diesen Schritt trage, und der Abgeordnete Ritter-Waldenburg verlangte eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Minoritäten unter 21 Jahren (14. März 1890), der Unreife, wie er sie nannte. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr v. Werle, war bereit, den Herren ein Stück Koalitionsfreiheit zu opfern; durch Verschärfung des § 153 wollte er die Grundzüge des Puttkamer'schen Streikerlasses zum Gesetz erheben. Im preussischen Landtag wäre ihm dies zweifellos gelungen; im Reichstage fand er aber für seine Opferwilligkeit keine Mehrheit. Dafür bot ihm der Streik in den in seiner eigenen Verwaltung stehenden fiskalischen Saarbergwerken den erwünschten Anlaß, seine Stellung zum Koalitionsrecht der Arbeiter zu präzisieren. 3000 Arbeiter der preussischen Staatsbergwerke mühten das Verbrechen, von einem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht zu haben, mit der dauernden Ablegung büßen, wodurch der Rechtsklubverein der Saarbergleute vernichtet wurde.

Unterbes unternahm die preussische Regierung mehrfach den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter einzuschränken. Nachdem sie im Reichstage mit der Umsturzvorlage gescheitert war (1894), versuchte sie es im preussischen Landtage mit der Novelle zum Vereinsgesetz (Lex. Med. 1897). Sie wurde mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt, weil sie eine „halbe Maßnahme“ sei, gegen die „Streikverbot“ nichts nütze und die Gemüter nutzlos erbitterte. Man wollte ganze Arbeit haben und wartete auf ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Indes ließen sich die Arbeiter-Feinde im Landtage keine Gelegenheit entgehen, die Regierung gegen die Arbeiter scharf zu machen. Als die christlichen Bergleute am Saarberge streikten, verlangten die Abgeordneten v. Zedlitz, Beumer, Sattler und Wamhoff, die Verwaltung möge lieber das Werk ersaufen lassen als nachgeben; das erfordere ihr eigenes und das nationale Interesse!

Die Vorbereitungen zur Zuchthausvorlage (1899) erweckten bei den Landtagsreaktionären neue Hoffnungen. Am 15. Februar 1899 provozierte der Abgeordnete Ring (L.) eine Debatte über schreckliche Terrorismustaten des Verbandes der Maurer.

„Arbeiter, die nicht dem Zentralverband beitreten, belämen in Berlin und Umgegend auf keinem Bau mehr Arbeit oder würden in einem finstern Winkel halb totgeschlagen. . . Entweder wir schütten uns dagegen durch das Gesetz oder wir haben den sozialdemokratischen Staat bei uns im Lande Preußen.“

Der Minister v. d. Med. dankte dem Redner noch für seine Gelehrtheit und bedauerte, daß die gesetzlichen Befugnisse zum Schutze der Arbeitswilligen gegenüber solchen Vorgängen manchmal versagten. Er fügte indes hinzu: „Ich hoffe, daß wir uns in nicht sehr langer Zeit damit, wenn auch in einem anderen Parlamente, zu beschäftigen haben werden.“ Das andere Parlament, der Reichstag, warf belanlich der Regierung die Zuchthausvorlage zerrissen vor die Füße. Obwohl aber bereits am 22. Juni 1899 das Ende der Zuchthausvorlage sicher war, erbreitete sich noch am 5. Juli das preussische Herrenhaus, mit 72 gegen 22 Stimmen, seine Bestridigung dem Bundesrat für die Vorlage dieses Gesetzes auszusprechen, nachdem Herr v. Mantuffel erklärt hatte, daß die Zuchthausvorlage nur knapp das sei, was die Konservativen wünschten!

Das Scheitern der Zuchthausvorlage brachte die preussischen Reaktionäre vollends außer Rand und Band. Die Erfahrung, daß der Reichstag keine gefügige Mehrheit gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zusammenbrachte, führte sie zu immer offeneren Angriffen auf das Reichstagswahlrecht, — Drohungen, die sich vereinigten mit dem brünstigen Wunsch der preussischen Junker nach neuen Ausnahmegesetzen. Unterbes war die preussische Regierung bemüht, durch geeignete Maßnahmen der Polizei und durch die Nachspeicherung der Gerichte einen Ersatz für das Zuchthausgesetz zu schaffen. Beim Streik der Berliner Straßenbahner (1900) verbot der preussische Polizeiminister v. Rheinbaben nicht nur ein Eingreifen der Truppenmacht für den Fall von Ausschreitungen der Streikenden, sondern der Eisenbahnminister v. Thielen drohte auch mit einem Einschreiten der preussischen Regierung, falls die Straßenbahngesellschaft gewissen Forderungen der Streikenden nachgegeben hätte. Ein Uebrigens tat die Polizei, indem sie zum Nachteil der öffentlichen Sicherheit völlig ungeübten Leuten die Führung der Wagen erlaubte. Diesen Maßnahmen war der ungünstige Verlauf des Streiks zuzuschreiben. Nicht lange danach richtete der preussische Justizminister Schönstedt, der noch 1899 den Versuch des Herrenhäuslers Graf v. Kintowström, die Gerichte zu beeinflussen, zu rückgewiesen hatte, einen Erlaß an die Staatsanwaltschaften, der die Anwendung des Erpressungsparagrafen (§ 253 R.-Str.-G.) gegen Arbeiter empfahl, die sich weigerten, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten. Dieser Erlaß hat eine ganze Reihe bezüglicher Anlagen gegen organisierte Arbeiter herbeigeführt. In der Debatte, die am 17. Februar 1902 darob im preussischen Abgeordnetenhaus entstand, unternahm der Abgeordnete v. Loebl (L.) einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht, und der Abgeordnete Friedberg (natl.) stattete dem Minister den Dank der Liberalen dafür ab, daß er die „Freiheit der Person, das höchste Gut, welches wir besitzen“, durch eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes schützen wollte! Zweifellos verbanden wir auch die Bemühungen einzelner Bundesstaaten, durch landesgesetzliche Maßnahmen das Koalitionsrecht einzuschränken (Lübecker Streikpostenverbot usw.), den preussischen Einschüssen, wie die Reichstagsdebatte vom 11. Juni 1900 unheimlich erraten ließ. Während der Reichstagskanzler durch seine juristischen Räte erklären ließ, daß diese Gesetze die landesrechtliche Zuständigkeit nicht überschritten, sah sich kurz danach das Reichsgericht genötigt, das Lübecker Streikpostenverbot als ungesetzlich zu bezeichnen.

All das genügte aber dem preussischen Landtag bei weitem nicht; was er wollte, war ein regelrechtes Gesetz zum Schutze der Arbeits-

willigen. Am 12. März 1904 klagte der Abgeordnete Stroffer (L.), daß die Arbeitswilligen vollkommen schutzlos seien.

„Wenn wir heute von Seiten der Vertreter der königlichen Staatsregierung stets die Versicherung hören, daß sie mit aller Energie diesen Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten wolle, dann müßten wir uns in speziellen Fällen einmal fragen: wie sieht es denn nun eigentlich mit den Taten aus?“

Nun, an Taten ließ es die preussische Regierung wahrlich nicht fehlen. Als der große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier im Januar 1905 ausbrach, war niemand tatenbereiter als Herr v. Hammerstein, der preussische Polizeiminister, der sofort im Landtag erklärte: er hoffe, zunächst mit den Kräften der ordinarer Polizei und der Verstärkung derselben auszureichen, so daß es nicht nötig sein werde, die bewaffnete Macht zur Hilfe zu rufen. Daß es nicht zu letzterem kam, lag sicherlich nicht an dem Minister, sondern an den Streikenden, denen der Reichskanzler v. Bülow ein öffentliches Lob für ihre musterhafte Haltung erteilen konnte. Die sehnlichst erwarteten ersten Unruhen, auf die Herr Müller schon 1891 hofft hatte, um mit ihrer Hilfe den Verleschparagrafen unter Dach zu bringen, traten auch diesmal nicht ein. Trotzdem beschloß das preussische Herrenhaus am 28. Juni 1905, nach Annahme einiger Verschleierungen an der preussischen Vergesetznovelle, eine Resolution:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich und mit allem Nachdruck Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind:

1. die rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages, insbesondere da, wo ein öffentliches Interesse obwaltet, unter Strafe zu stellen;
2. der Aufforderung durch Wort und Schrift zu rechtswidriger Lösung des Arbeitsvertrages entgegenzutreten;
3. den Arbeitswilligen denjenigen Schutz zuteil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.“

Die Dreistigkeit der preussischen Junker nahm nicht den geringsten Anstoß daran, daß diese Materien zur Sphäre der Reichsgesetzgebung gehören und daß der allein zuständige Reichstag 1899 diese Forderungen bereits zurückgewiesen hatte. Unverfroren forderten sie die Regierung zum Bruch der Reichsverfassung auf!

Aber wer wollte von den beiden Säulern der preussischen Gesetzgebung ein anderes erwarten? Hat doch die preussische Regierung selbst als Arbeitgeber rücksichtslos das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter mit Füßen getreten, ohne auch nur ein einziges Mal ernstlich dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden! Der Hamburger Verband deutscher Eisenbahner wurde seit seiner Gründung von ihr verfolgt und Mitglieder desselben rücksichtslos gemahregelt. Am 28. Februar 1908 erklärte der Minister Wudde im Abgeordnetenhaus:

„Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unserer Organisation, in unseren 365 000 Köpfen Bestrebungen geltend machen, die ich kurzweg mit Umsturz bezichtigen möchte. Meine ganze Vergangenheit bürgt dafür, daß ich derartigen Bestrebungen mit aller Energie entgegenzutreten werde. Ich fahre fort mit dem, was mein beiden Amtsvorgänger auch getan haben, indem wir alle diejenigen herausmergen, die dem nicht folgen wollen. Mein Herr Amtsvorgänger hat den Erlaß herausgegeben; wer sich agitatorisch an sozialdemokratischen Bestrebungen beteiligt, innerhalb des Eisenbahnpersonals, der wird als Arbeiter sofort entlassen, natürlich unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Wer als nicht ständiger Beamter dasselbe tut, dem wird ebenfalls gekündigt, und er wird entlassen. Wer aber als Beamter, der den Treueid geschworen hat, sich an Umsturzbestrebungen macht, der wird einfach im Disziplinarwege bestraft.“

Und als der Abg. Defer den Minister darauf hinwies, daß er sich damit über die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Staatsbürger hinwegsetze und das Koalitionsrecht für seine Arbeiter beschränke, fuhr Herr Wudde ungeniert fort:

„Das Koalitionsrecht wird dadurch gar nicht beschränkt. Es handelt sich hier einfach um ein: wer soll Herr im Hause sein? Noch rücksichtsloser“ betrat Herr Wudde diesen Standpunkt am 12. Februar 1904 im preussischen Herrenhaus, wo er erklärte: „Ich möchte es hier aussprechen, und zwar derartig aussprechen, daß die Eisenbahner im Lande es hören: ich dulde keinen tätigen Sozialdemokraten in der Eisenbahnverwaltung, weder als Beamter noch als Arbeiter!“

Ganz dieselben Grundzüge betrat sein Ministerkollege im Ressort des fiskalischen Bergbaues, nur daß die Maßnahmen der fiskalischen Bergverwaltung sich nicht auf die Maßregelung von Sozialdemokraten beschränkten, sondern auch das Eintreten für die Zentrumspartei verfolgten. Der Krämerprozeß im Saarrevier hat dieses System an den Pranger gestellt.

Aber der preussischen Regierung genügt es nicht einmal, das Koalitionsrecht ihrer eigenen Arbeiter illusorisch zu machen. Sie verlangt auch, daß die Arbeiter der privaten Expeditionsbetriebe, die Güter von den Eisenbahnen übernehmen, auf ihr Koalitionsrecht verzichten sollen. Ein Erlaß der Eisenbahndirektion zu Erfurt an die Bahnpostbetriebe (10. August 1907) weist darauf hin, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ordnungsfeindliche Bestrebungen verfolge und daß jede Förderung seiner Bestrebungen als Verstoß gegen die gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Eisenbahnverwaltung mit Entlassung zu ahnden sei.

In Süddeutschland dürfen die Eisenbahner sich offen koalieren, und ein sozialdemokratischer Werkstättenarbeiter Hofhauer ist als Abgeordneter im bayerischen Landtage. Der bayerische Eisenbahnminister, der im Herbst 1907 einen Expeditionsarbeiterstreik durch Streikbrecher aus Staatsbetrieben brechen wollte, mußte sich dieser-

Fachgewerbliche Rundschau.

Ueber die Hungerlöhne in den Möbelstoffwebereien bringt die „Berliner Textilzeitung“, wenn auch keinen neuen, so doch einen recht beachtenswerten Beitrag. Im Sprechsaal genannter Zeitung hatte jemand die Frage aufgeworfen: „Kann man in Schweden in einer Möbelstoffweberei mehr verdienen als in Deutschland?“ Darauf wird in Nr. 17 der „Berl. Textilzeitung“ von einem offenbar in Chemnitz beschäftigten oder dort in Beschäftigung gewesenem Arbeiter, wahrscheinlich einem Werkmeister, geantwortet. Und in dieser Antwort wird über die Löhne in den deutschen Möbelstoffwebereien folgendes gesagt:

„Ich kenne die Verhältnisse in der Möbelstoffbranche aus eigener Erfahrung und muß dieselben als derartig schlecht bezeichnen, daß für diesen Zweig der Industrie nur noch „weibliche“ Arbeitskräfte in Betracht kommen. In Chemnitz zum Beispiel ist es einem Manne nicht mehr möglich, mit den hier gezahlten Löhnen zu existieren. Bei der hier stark vertretenen Branche leidet man natürlich immer an Arbeitsmangel. Bei dem Arbeitsangebot in den dortigen Tageszeitlegen kann man die Beobachtung machen, daß nur auf „Weberinnen“ reflektiert wird. Gewiß ein charakteristisches Kennzeichen für die bestehenden Lohnverhältnisse in der Möbelstoffbranche. Wie sollte auch ein Mann bei den jetzigen Lebensbedürfnissen mit zirka 10—15 Mark Lohn per Woche wirtschaftlich bestehen können.“

Was sagt denn nun der Kommerzienrat Vogel in Chemnitz zu diesen Ausführungen? Hoffentlich halten ihn demnach die Arbeiter einmal diese Notiz aus dem Sprechsaal der „Berliner Textilzeitung“ vor die Augen.

Sie fürchten den Verlust der geschulten Arbeitskräfte. Die rheinischen Baumwollspinnereien sind in der Tat in die größte Notlage gekommen, wenigstens zum Teil, gern eine Einschränkung der Produktion vornehmen. Aber die Sache ist nicht so leicht; weil zweifellos damit zu rechnen ist, daß die Arbeitskräfte verloren gehen. Das geht aus einer Mitteilung hervor, welche wir aus Rheydt in der Unternehmensezeitung finden. Es heißt in dieser Mitteilung unter anderem: „. . . Auch die Arbeiterverhältnisse darf man hierbei nicht außer Betracht lassen, denn besonders in der

rheinischen Baumwollspinnerei bestand noch bis vor kurzer Zeit in manchen Betrieben Mangel an geschulten weiblichen Arbeitskräften, und wenn dieser Mangel jetzt endlich behoben ist, aber doch Ueberfluß an Arbeitern durchaus nicht besteht, so werden es sich manche Spinner doch doppelt und dreimal überlegen, ehe sie einer Maßregel zustimmen, die sie vielleicht in die alte Kalamität wieder zurückführt.“

Arbeiterwechsel in der Forster Textilindustrie. Nach dem Jahresbericht der Königl. Preussischen Regierung und Gewerbeberichte für das Jahr 1907 ist der Wechsel der angelernten Arbeiter, wenn sich nur wenig Fabriken derselben Art in einem Orte befinden, sehr gering; sind aber mehrere der gleichen Gattung vorhanden, wie z. B. in der Tuchindustrie in Forst i. L., die in etwa 300 Betrieben annähernd 10 400 Arbeiter beiderlei Geschlechts beschäftigt, so findet ein häufiger Wechsel statt. Nach Ausweis der Listen der dortigen Arbeitsnachweiskstelle des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie, welche nur für diese besteht und jeden Arbeiterwechsel, auch den ohne ihre Vermittlung stattgefundenen, registriert, sind in der Zeit vom 1. August 1906 bis zum 31. Juli 1907 15 505 Arbeitsstellen von zusammen 6424 Personen neu besetzt worden, so daß nur rund 4000 Arbeiter für die Dauer des ganzen Jahres auf derselben Arbeitsstelle verblieben sind. Ein Arbeiter hat 20mal, einer 15, einer 14, sieben 13, zehn 12, dreizehn 11, sechszwanzig 10mal usw. gewechselt. Die Hauptsache an diesem häufigen Wechsel liegt daran, daß die Tuchindustrie eine Sommer- und eine Winterzeit hat, und während des Ueberganges die überflüssigen Arbeiter entlassen werden, da es nicht feststeht, ob die neue Saison genügende Aufträge bringt.

Preiserhöhung des Verbandes Deutscher Zuteindustrieller. Auf dem Haupttagung sind bekanntlich in den letzten beiden Wochen starke Preissteigerungen erfolgt, die naturgemäß nicht ohne Einwirkung auf die Preise für Zutefabrikate bleiben konnten. So hat denn der Verband Deutscher Zuteindustrieller bereits die Preise für Zutegarne und -Gewebe neu festgesetzt, worüber folgendes mitgeteilt wird:

Der Verband Deutscher Zuteindustrieller, G. m. b. H., Braunschweig, erhöhte mit Geltung vom 23. April ab sämtliche Gewebepreise um 0,7 Pf. pro Quadratmeter und die Preise für Garne und Koppentücher um 2 Mk. pro 100 Kilogramm.

Dritte Londoner Wollauktion. Die bisherigen Ankünfte für die am 12. Mai d. J. beginnende dritte diesjährige Serie der Londoner Kolonialwollauktionen umfassen: Neu-Südwales 28 990 Ballen; Queensland 10 870 Ballen; Viktoria 31 175 Ballen; Süd-Australien 6914 Ballen; West-Australien 2721 Ballen; Tasmanien 7611 Ballen; Neuseeland 116 957 Ballen; Kap und Natal 26 434 Ballen; zusammen 281 672 Ballen, von denen zirka 47 500 Ballen australische, 32 000 Ballen Neuseeland- und 20 000 Ballen Kapwollen direkt nach dem Kontinent, Yorkshire usw. weiter verladen wurden.

Die italienische Seidenproduktion. Ueber die italienische Seidenkrise äußerte sich nach dem „Schweizer Handelsamtsblatt“ kürzlich der italienische Ackerbauminister dahin, daß ein Preissturz, wie der gegenwärtige, seit 40 Jahren nicht mehr vorgekommen sei. In den zwei ersten Monaten des Jahres 1908 sei aus Italien für 92 Millionen weniger Rohseide ausgeführt worden als im gleichen Zeitraum 1907. Die geplante Rundfrage über die Ursachen der Krise sei noch nicht abgehalten worden; sie werde sich aber darauf erstrecken, ob nicht Uebererzeugung zu hohe Wozzoli-Preise oder mangelnde Präzis in der Ausfuhr einen Teil der Schuld trügen. Man könne schon jetzt sagen, daß billige Waren zur Eroberung fremder Märkte hergestellt werden müssen.

Garnbörse zu Leipzig. Die am 24. April in den Räumen der Leipziger Börse abgehaltene Ostgarnbörse war trotz der herrschenden Geschäftslage gut besucht, doch wurden nur einige minimale Geschäfte abgeschlossen. Der Rückgang der Rohmaterialpreise hat naturgemäß sehr deprimiert, man glaubt aber, am Ende des Preisfalles angekommen zu sein.

Der Verein der Lohnschiffen-Maschinenbesitzer in Blauen i. S. hat am 1. Mai eine Ein- und Verkaufsstelle von zurückgegebenen, etwas zu spät gelieferten oder nicht auf ausgefallenen Waren in Blauen eröffnet, hauptsächlich um dem mehr und mehr um sich greifenden Kammerunwesen zu steuern.

Gewohnheitsmäßiger Fehler. Der Stidmaschinenbesitzer Waldvogel aus Jöhnik i. S., der in Blauen vier Stidmaschinen besetzt hat, ist unter der Beschuldigung gewohnheitsmäßiger Fehler festgenommen worden. Er soll längere Zeit hindurch von einem bereits verhafteten Fehler Wollstoffe, Stidgarn usw. gekauft oder verarbeitet haben.

halb vor dem bayerischen Landtage entschuldigen und sogar die ...

Woher, fragen wir uns, kommt diese empörende Haltung der ...

Kein Wunder, daß der preussische Landtag keinen Respekt vor ...

Der Siegeslauf der Maschine.

In der Textilindustrie hat wohl vor allen anderen Industrien ...

Wenn man in den in der Textilindustrie erfundenen Maschinen ...

Wenn die in der deutschen Textilindustrie von jeher gezahlten ...

gebung 1891 eingriff und sie verbot —, niedrige Löhne, schlechte ...

Nur dadurch, daß die geschaffene Organisation der Textil- ...

Also nur dem Zusammenreffen bestimmter Faktoren ist es ...

Ein großes Hindernis, das jeder Verbesserung der Lage der ...

Wenn die Arbeiterschaft durch die Einführung der Maschinen ...

Die Ansicht, daß die Heimarbeit in der Textilindustrie — oder ...

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß nach diesen Erfolgen ...

Die Plüsch- und Krimmerweberei ist ein eigenartiger Pro- ...

zentrum dieser Fabrikation imitiert Felle ist bis auf den heutigen ...

So alt wie die Leinen-, Kleiderstoff- und Tuchweberei ist die ...

Als dann nach einigen Jahren der Hochkonjunktur (1874) die ...

Nach jener mißglückten Bewegung, die ausging wie das Horn- ...

Der Rohseidenhändler G. Thomas aus Krefeld, der bekanntlich ...

Betriebseinstellung. Die mechanische Schirmstoffweberei ...

Betriebseinschränkung in Schleswig-Holstein. Die mechanische ...

Weitere Arbeitszeitverkürzung in Böhmen. Die Textilfabriken ...

Betriebseinschränkung in schlesischen Webereien. Laut An- ...

In M.-Glabach haben die niederhessischen Spinn- ...

Feuersbrünste. In der Spinnerei von Mochers u. Pumas in ...

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Jahresberichte der Hamburger Produktion und der Großein- ...

Ein erquickendes Bild stetiger, ruhig schaffender und dabei doch ...

bieten die Jahresberichte der Großverkaufsgesellschaft deutscher ...

Die „Produktion“ hatte 1907, in ihrem neunten Geschäftsjahre, ...

Schlachtung betrug 1907: 247 Ochsen (mit 263 659 Pfund Lebend- ...

Die Großverkaufsgesellschaft hat in ihrer Tätigkeitsphäre ...

und Ungnade überliefert. Diese hatten ihre Macht erkannt und...

Solange die schon genannten Orte die einzigen für die Herstellung von Plüsch waren...

Das änderte sich aber, als Bismarck 1878 seine Zollpolitik begann und in Schlesien der Handwebstuhl mehr und mehr durch den mechanischen Webstuhl ersetzt wurde...

Die in der Hausindustrie Beschäftigten nutzten nun die Saison auf sonderbare Weise aus. Man schuftete Tag und Nacht, und auch des Sonntags...

Es gab keine Rettung: „Das ist nun einmal so und wird auch so bleiben!“ Und mit fatalistischem Gleichmut ergab man sich in sein Schicksal...

Nun wurde die Plüschfabrikation in Berlin und den Vororten bedeutend zurückgedrängt. Die 1891 einsetzende und mehrere Jahre hindurch anhaltende Krise wirkte in den Reihen der Hausindustriellen verheerend...

Um die Mitte der 90er Jahre trat an die Stelle der Plüsch- die Teppichweberei. So in Bernau und Nowawes. Und ebenfalls in Strausberg und Zinna in mehr oder weniger erheblichem Maße...

Ueber die einheitliche Garnnumerierung.

Auf dem internationalen Textilarbeiterkongress in Zürich (1900) haben wir bekanntlich zugunsten einer einheitlichen Garnnumerierung auf der Grundlage des metrischen Systems resoliert...

von noch nicht 1,25 Millionen Mk. im Vorjahre 1906 auf über 1,84 Millionen Mark im Jahre 1907; die Tabakarbeitergenossenschaft Hamburg, verschiedene landwirtschaftliche Genossenschaften und Volkereien...

Die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland ist im großen und ganzen unverändert geblieben. Die angekündigte Diskontermäßigung der Reichsbank ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt...

Das Frühjahr, das sonst immer eine gewisse Belebung bringt, hat die rheinisch-westfälische Eisenindustrie in der bisherigen Lage gelassen; oder vielmehr, die Klagen über Auftrag- und Absatzmangel und schlechte Preise sind noch lauter geworden...

zeit nicht fallen lassen will. Neulich brachte die amerikanische „Textile World“...

„Ohne Bitternis, mit dem einzigen Ehrgeiz, einer großen Zahl, vielen Völkern nützlich zu sein, suchen einige aufgeklärte und (an der Sache) uninteressierte Geister Frankreichs wie Oesterreichs, Deutschlands, Italiens usw. die Vereinheitlichung der Fadenbezeichnung durchzuführen...“

Woher haben Sie denn, meine Herren Verfasser des Artikels: „Is it worth white et Textile calculations in France“...

Mein Gott! Daß Ihr widersprechlich bleibt und es nicht annimmt, das wäre für die obigen Nationen und für Frankreich ein nebenfällige Frage...

Aber Ihr seid vollkommen im Recht, von einem „europäischen Chaos“ zu sprechen über das, was die Fadenbezeichnung betrifft...

Denn es ist uns Franzosen, die wir zuerst das metrische System gefunden und angewendet haben, durchaus unwürdig, die Elle und den Denier zu konfervieren...

„Ach, die famose Elle! Kennt Ihr ihr Äquivalent? Genau 3 Fuß, 7 Zoll, 10 Linien und 10 Punkte, wenn der Fuß 0,324 839 Meter mißt...“

Ihr könnt Euch das nicht vorstellen, sagt es, denn Ihr rechnet gewöhnlich 1,19 Meter voll. Ihr lacht? Das ist durchaus nicht zum Lachen...

Und dann, was ist das? Die Bezeichnung ist im Norden eine Länge, im Süden ein Gewicht. Sogar noch besser: es ist ein Gewicht für das Organisin, wird aber zu einer Länge für seinen Abfall...

Und deshalb hat man Recht, sich über uns lustig zu machen, wenn man sieht, daß wir nicht einzig das metrische System für die Numerierung und für alle unsere Gewebeberechnungen anwenden...

gebot steigt, weil auch jenseits der Grenzen der Verbrauch zurückgeht. Auf den Trägermarkt drückt die Stille des Baugeschäftes, auf den Grobhandelmarkt der geringe Bedarf der Werften und Kesselfabriken...

Die sehr sich die gleichen Grundsätze in anderen Ländern wiederholen, zeigt ein Blick auf England. Nach dem „Arbeitsblatt“ des Handelsamtes waren Ende März von den bericht-erstattenden Trade Unions 6,9 Prozent der Mitglieder arbeitslos...

Berlin, 20 April 1908.

Max Schippel.

Beachte man, daß, wenn ich hier nur von Franzosen spreche, ich ebensoviel von jedem Volke Europas sagen könnte...

Zu sagen, daß dies nur zu unbedeutenden Störungen führt, das ist ein Irrtum. Ich weiß z. B. von großen Unterschieden...

Das interessiert freilich nur einen Teil der Bevölkerung, obgleich dennoch die Vereinheitlichung der Fadenbezeichnung für alle sehr wichtig sein würde...

1. Die Benennung durch die Nummer von 1000 Meter Material auf das Kilogramm.

Die Vorteile? Ueberall würde mit dem Chaos ausgeräumt werden, über das sich die Amerikaner lustig machen...

Man sagt, daß für die Seide der Wechsel sehr schroff sein würde. Welcher Wechsel? Der von höchstens einigen Zahlen?

Die französische Bezeichnung des Wollgarns hat sich selbst in ganz Europa durchgesetzt und wird gegenwärtig am meisten angewandt...

Neder Grundstoff würde auf diese Weise seine Staffel von festbestimmten Nummern haben. Für die Gregeide von 470 bis 1000 Zentimeter auf das Kilogramm...

Table with 2 columns: Deniers and 1000 Zentimeter. Rows include 8/10, 9/11, 10/12, 11/13, 13/15, 14/16, 16/18.

Wir werden in nächster oder fernerer Zukunft die Einheitlichkeit der Bezeichnung (Numerierung) der textilen Grundstoffe haben. Sie setzt sich durch...

Unter dem Spott des Auslandes muß sie sich bald durchführen. Was die Widerspenstigen (Engländer, Amerikaner und anderer) betrifft, so ist es eine einfache Sache...

Bericht von der Gaukonferenz in Schlesien.

Am 1. und 2. Osterfeiertage fand im „Gewerkschaftshaus“ in Liegnitz die Gaukonferenz der schlesischen Kollegen statt. Dieselbe war besetzt von 34 Delegierten...

- 1. Die Tagesordnung enthielt folgendes: 1. Die Tätigkeit im Gau 1905-1906. 2. Rassenbericht. 3. Der innere Ausbau der Organisation...

Die Konferenz wird eröffnet von dem Gauvorsitzenden Kollegen Hüsnert, der unter Hinweis auf die veränderte Lage auf dem wirtschaftlichen Kampfbühne...

zu nehmen. In das Bureau werden gewählt die Kollegen: Kössner und Schiller als Vorsitzende, Kästner und Dreifacher als Schriftführer.

Hierauf erhält Kollege Fritsch das Wort zu seinem Geschäftsbericht. Er weist zunächst auf die Veränderungen hin, welche bei den Ortsverbänden innerhalb des Gauwes eingetreten sind. Die Zahlstellen Dittersbach und Jauer wurden aufgehoben. Ertere wegen Wegzugs der Mitglieder, letztere wegen unausgeglichener Maßregelungen derselben. Die Ortsverbände Keila und Weigelsdorf habe man den benachbarten Filialen Reichenbach und Langenbielau zugewiesen. Redner verweist sodann auf jene Gebiete, welche zwar sehr viel Textilindustrie aufweisen, in denen aber der vielen Lohnbewegungen wegen, welche die Zeit des Gauleiters zuviel in Anspruch nehmen, noch wenig Arbeit geleistet werden konnte. Hier müsse aber in Zukunft mehr getan werden; denn wenn solche Gebiete vollständig indifferent blieben, so bildeten sie, namentlich bei Lohnbewegungen, ein ernstes Hindernis. Auf die Entwicklungsgeschichte der Organisation in den einzelnen Orten eingehend, zeigt Redner interessante Details der Bewegung, die erkennen lassen, mit wie großen Schwierigkeiten in Schlesien bei der Agitation zu rechnen ist. Leider seien es nicht nur die Gegner, welche diese Schwierigkeiten aufwärmten, sondern es seien das auch die eigenen Kollegen. Besonders unruhig habe sich in dieser Beziehung Langenbielau in letzter Zeit hervorgetan. Die Ursache hierzu sei die letzte Färberbewegung gewesen. Redner geht ausführlich auf diese Sache ein und zeigt unter häufigen Entrüstungsrufen der Delegierten den unheilbaren Zustand, der nun in Langenbielau besteht, und dem es zuzuschreiben ist, daß die ehemals aufblühende Bewegung innerhalb Jahresfrist von 4374 auf 2701 Mitglieder gesunken ist. Und trotzdem man dieses Unheil sehe, müsse leider konstatiert werden, daß die Selbstzerfleischung lustig weiterbetrieben werde, was sich bei den letzten Versammlungen, in denen Kollege Röske referierte, in der abstoßendsten Weise gezeigt habe. Es sei hier an der Zeit, daß die Mitglieder einmal dieser Selbstzerfleischung ein entschiedenes Halt gebieten. In den anderen Orten seien erfreulicherweise solche Zustände nicht vorhanden, und man betrachte auch an den meisten anderen Orten die Frage der Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung von ganz anderen Gesichtspunkten aus, wie in Langenbielau und Peterswaldau. Bei dieser Gelegenheit verbreitet sich Redner in längeren Ausführungen auch über das Gebiet der Beitragserhöhung und bedauert, früher einen anderen Standpunkt eingenommen zu haben. Man habe früher in Schlesien den einen Kollegen, der schon seit langen Jahren in der Beitragsfrage einen anderen Weg gegangen sei, wie die anderen schlesischen Delegierten, häufig heftig angegriffen. Es sei dies der Kollege Krätzig. Heute müsse man aber ohne weiteres zugeben, daß Krätzig richtig gehandelt habe. Wenn man sich ungeheurer Schwierigkeiten betrachte, die der Bewegung entgegenstehen, so sei zu erkennen, daß mit den bisherigen Mitteln nicht auszukommen sei. In längeren Ausführungen geht dann Fritsch auf die Lohnbewegungen ein, von denen 23 in der Berichtszeit stattfanden; 18 davon wurden ohne Streit und 5 durch Streit erledigt. Die größte der durch Streit erledigten Lohnbewegungen war diejenige in Landeshut, welche mit einem guten Erfolge endete. Insgesamt wurden diese Kämpfe mit 29 650 Mk. aus der Zentralkasse unterstützt. Mit Ausnahme der Färberbewegung in Langenbielau, waren die Bewegungen alle von mehr oder weniger Erfolg begleitet. Nach einer kurzen Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse schließt Redner mit einem Appell an die einige Mit- und Weiterarbeit seinen beifällig aufgenommenen Bericht.

Der Kassenbericht wird vom Gauassessor Kollegen Försch gegeben. Die Bilanz derselben ist folgende:

	1906	1907
Einnahme:	8485,82 Mk.	8488,60 Mk.
Ausgabe:	7777,10 Mk.	8288,19 Mk.
Bestand:	708,72 Mk.	195,41 Mk.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht gestaltete sich sehr lebhaft und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Es wurden dabei lokale Wünsche geäußert und Situationsberichte gegeben. Langenbielau und Peterswaldau nahmen dem Geschäftsbericht gegenüber eine opponierende Stellung ein. Die in der Langenbielauer Färberbewegung eingeschlagene Taktik wurde als falsch bezeichnet und Kollege Fritsch besonders wegen seiner Erklärung dem Dr. Fleischer gegenüber heftig angegriffen. Was den ersten Vorwurf anbelangt, so wurde vom Kollegen Krätzig nachgewiesen, daß die angewandte Taktik keine falsche, sondern die Taktik war, welche uns in den letzten Jahren so große Erfolge gebracht habe. Wenn diese Taktik in Langenbielau zu keinem Erfolge geführt habe, so sei sie deshalb noch nicht falsch. Wenn aber nach der Bewegung eine solche Desorganisation eingetreten sei, so beweise dies, daß die Langenbielauer Mitgliedertätigkeit für eine derartige Taktik noch nicht geeignet genug sei. Wer nichts wage, gewinne nichts. Man müsse häufig etwas wagen; dann aber, wenn man sehe, daß das Hindernis größer sei, wie man erwartet habe, sich zurückziehen, um einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Kollege Behms beschäftigte sich in seinen Ausführungen mit einer Reihe Verwaltungsfragen. In seinem Schlusswort ging Fritsch ausführlich auf die Angelegenheit mit Dr. Fleischer ein und zeigte, unter welchen Umständen der Vergleich zustande gekommen war. Diese Ausführungen ließen die ganze Sache in einem bedeutend milderen Lichte erscheinen und lösten bei den Delegierten den Wunsch aus, daß diese Sache für unsere Organisation nun endlich begraben werden möchte. Hierauf wird dem Gauvorstand Entlastung erteilt. Angenommen wird folgender, von Friedland gestellter Antrag:

„Die Gaukonferenz empfiehlt dem Gauleiter, seine Tätigkeit solchen Orten zu widmen, die für die Organisation noch brachliegen; Orte mit angestellten Beamten sind sich mehr selbst zu überlassen.“

Ein weiterer Antrag, der Gauvorstand solle von Zeit zu Zeit eine kleine Agitationsbroschüre herausgeben, wird dem Gauvorstand überwiesen. Damit wurde die Verhandlung des ersten Tages geschlossen.

Die Verhandlung des zweiten Tages begann mit einem vorzüglichen Referat des Geschäftsführers Kollegen Schiller-Langenbielau über den inneren Ausbau unserer Organisation und die Generalversammlung in Leipzig. Ihm schloß sich ein instruktives Referat des Kollegen Krätzig über die geplante Regelung des Arbeitsnachweises an. Beide Referate, auf welche wir leider des beschränkten Raumes wegen nicht eingehen können, wurden sehr beifällig aufgenommen. Vor Eintritt in die Debatte wird der Vorschlag gemacht, da der größte Teil der Delegierten mit den beiden Referenten einverstanden sei, zunächst nur die Delegierten zu Worte kommen zu lassen, welche gegen die Erhöhung der Beiträge und gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung seien. Dementsprechend wird verfahren. Die Debatte setzte aber sehr matt ein. Die Argumente, welche in den letzten Monaten für die Durchführung der Maßnahmen vorgebracht worden waren, haben offenbar ihre Wirkung auch auf jene Kollegenkreise nicht verfehlt, welche noch immer den gegenteiligen Standpunkt vertreten. Neue Argumente wurden nicht vorgebracht. Um so erfreulicher war es im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich auch die Kollegen Behms und Krätzig beteiligten und die mehrere Stunden in Anspruch nahm, sehen zu können, wie die Delegierten eines Ortes nach dem anderen auftraten und trotz aller Schwierigkeiten die Notwendigkeit der Durchführung beider Maßnahmen betonten. Inzwischen war folgende, von fast sämtlichen Delegierten unterzeichnete Resolution eingegangen:

„Die im „Gewerkschaftshaus“ zu Liegnitz tagende Gaukonferenz der schlesischen Textilarbeiter erklärt in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein Mittel, die Mitglieder in jeder Lebenslage zu schützen und dauernd an die Organisation zu feffeln. Sie ist weiter der Meinung, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Schlagfertigkeit der Organi-

sation nicht leiden dürfe. Sie kommt deshalb zu der Ueberzeugung, daß sich eine Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Klasse unbedingt notwendig macht. Die anwesenden Delegierten versprechen daher, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln im Sinne dieser Resolution zu wirken.“

Nachdem die Debatte erschöpft war — Redner meldeten sich nicht mehr —, wurde zur Abstimmung geschritten. Von den Unterzeichnern der Resolution wird namentliche Abstimmung beantragt, mit der Begründung, daß es für etwaige später vorkommende Verhältnisse gut sei, zu wissen, wer für oder gegen diese Maßnahmen sei. Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Resolution mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Delegierten nachfolgender Filialen: Langenbielau (2), Peterswaldau (2) und Wüstenaltdorf (1).

Der Punkt 4 der Tagesordnung: Die Lohnstarife in Schlesien, mußte der vorgezückten Zeit wegen von der Tagesordnung abgesehen werden. Das Referat soll demnächst in einigen Bezirkskonferenzen gehalten werden.

Zu Punkt 5 gelangte ein Antrag Freiburg zur Annahme, der bei der Generalversammlung beantragt, dem Gauleiter eine Hilfskraft zur Seite zu stellen. Ferner gelangte ein Antrag Görlitz zur Annahme, laut welchem die Generalversammlung beschließen soll, daß, wenn ein Mitglied infolge Streik oder Maßregelung gezungen ist, seinen Wohnsitz zu verlassen, demselben in der 1. und 2. Beitragsklasse 10—40 Mk., in der 3. und 4. Beitragsklasse 20—60 Mk. Umzugsunterstützung, bei einjähriger Mitgliedschaft, gewährt werden soll.

Dem Gauvorstand werden jährlich 100 Mk., von denen 60 Mk. der Kassierer bekommen soll, als Entschädigung bewilligt.

Als Gauleiter wird Kollege Fritsch einstimmig wiedergewählt. Der Antrag, den Sitz des Gauvorstands zu verlegen, wird abgelehnt; der Sitz bleibt also in Liegnitz. Die nächste Konferenz findet in Landeshut statt. Damit war die Tagesordnung erledigt und die Verhandlungen wurden geschlossen.

Ein Trick der Berufsgenossenschaften.

Bekanntlich wird bei den der Unfallversicherung unterstehenden Arbeitern die Unfallrente nach dem in letzten Jahre vor dem Unfälle verdienten Jahresarbeitsverdienste bemessen. Bis jetzt weiß man nur davon, daß die Berufsgenossenschaften, wenn einmal eine Rente ausgeschrieben und bezahlt werden muß, diese wieder mit allen Mitteln herabzusetzen oder gar zu entziehen suchen. Es ist ja hinlänglich bekannt, mit was für Spitzfindigkeiten die Berufsgenossenschaften arbeiten, um diese an und für sich minimalen Leistungen, zu denen sie dem Verletzten gegenüber verpflichtet sind, auf das minimalste Maß herabzuquetschen.

Ein anscheinend neuer Trick, dieses Ziel zu erreichen, wird aber von der Berufsgenossenschaft für das Buchdruckgewerbe, Sektion VII, angewendet. Er verdient tiefer gegangen zu werden, um zu zeigen, daß auch das Kleinste nicht unberührt gelassen wird, um den Vorteil der Berufsgenossenschaft und den Nachteil der Verletzten wahrzunehmen.

Ist ein Unfall eingetreten, so meldet der Unternehmer diesen der Berufsgenossenschaft, der Verletzte stellt seine Ansprüche bei derselben und harret nun der Dinge, die da kommen sollen. Die Berufsgenossenschaft sendet dann gewöhnlich an den betreffenden Unternehmer ein Deklarationsformular, auf dem der letzte Jahresarbeitsverdienst des Verletzten anzugeben ist. Nun enthält dieses Formular obiger Berufsgenossenschaft in hervorgehobener Drude die Bemerkung, daß Ueberstundenverdienste in den Lohn nicht eingerechnet werden dürfen. Sie beruft sich hierbei auf den § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Dieser § 10 enthält nun aber keine Silbe darüber, daß dies nicht der Fall sein darf. Sondern im Gegenteil wird in diesem Paragraphen im Absatz 1 auf den § 6 hingewiesen, der besagt, daß „als Gehalt oder Lohn im Sinne dieses Gesetzes auch gelten: Antienemen, Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Verletzten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden.“

Da nun bei der Rentenberechnung sowie nur zwei Drittel des wirklichen Arbeitsverdienstes zur Berechnung kommen, der 1500 Mark überschreitende Betrag aber nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht wird, so ist diese Auserbetrachtung des Ueberstundenverdienstes um so verwerflicher und durchaus ungeschicklich. Hier ist bewiesen, daß die Berufsgenossenschaften nicht nur die kleinsten Vorteile für sich zum Nachteile der Verletzten aus dem Gesetze herauszuholen, sondern sogar solche Nachteile hineinlegen. In den allermeisten Fällen wird selbst der humanste und liberalste Unternehmer keinen Zweifel an der Richtigkeit der von der Berufsgenossenschaft angeführten Bestimmung hegen. Denn die Berufsgenossenschaft muß es ja wissen, die geht ja fortwährend mit diesen Gesetzen um. Der Verletzte aber wird, wenn er überhaupt das Formular mit dem betreffenden Kasus zu Gesicht bekommt, ebenfalls keinen Zweifel darzın setzen und sich düpiieren lassen; wenn er aber dennoch aufstößt, stehen ihm gewöhnlich die einschlägigen Gesetzbücher nicht zur Verfügung. In allen Fällen sollte der Verletzte auch bei anscheinend klarliegenden Unfallsachen nicht versäumen, den Rat sachkundiger Personen, wie sie durch die Arbeitersekretariate gegeben sind, einzuholen.

Die Arbeiter derjenigen Berufe, in denen viel Saisonarbeit gemacht wird und in der Regel längere Zeit Ueberstunden gemacht werden müssen, wie das z. B. auch in der Textilindustrie in vielen Branchen der Fall ist, werden natürlich, wenn dieser Berechnungsmodus der Buchdruckerberufsgenossenschaft bei allen Berufsgenossenschaften zur Anwendung gelangen sollte, ganz empfindlich geschädigt. Die Deklarationsformulare aber kommen dem Verletzten überhaupt nicht oder in den allergeringsten Fällen in die Hände, so daß er einer derartigen unrichtigen Angabe des Arbeitsverdienstes absolut machtlos gegenübersteht. Es entzieht sich meiner Kenntnis, inwieweit dieser Trick auch von anderen Berufsgenossenschaften angewendet wird, daß er aber angewendet wird, ist ebenso traurig als wahr.

Die einzige Möglichkeit des Arbeiters, sich hier vor zu schützen, besteht darin, daß er über seine Einnahmen genau Buch führt. Jede Woche in sein Notizbuch oder seinen Arbeiternotizkalender seinen Lohn einträgt, natürlich zugleich aller Kassengelder, was stets in der Lage zu sein, die ausgeworfene Rente einer Kontrolle zu unterziehen. Ist er geschädigt, steht ihm der Klageweg offen, und den zu beschreiten sollte kein Verletzter versäumen.

Zur Gründung von gelben Gewerkschaften in Zittau.

Man schreibt uns von dort: Das im Umlauf sich befindliche Gerücht, die Textilindustriellen trügen sich mit dem Gedanken, gelbe Gewerkschaften zu gründen, nimmt immer greifbarere Gestalt an. So fanden neulich von den Unternehmern eingeleitete Besprechungen mit den Arbeitern des Wagner und Moraschen Betriebes statt.

Für die Arbeiterchaft wird es nun von Interesse sein zu erfahren, was die Unternehmern den Arbeitern bieten. Wenn sich letztere von ihnen, von Massenbewußtsein durchdrungenen Kollegen, nicht mehr berleiten lassen, höhere Löhne zu verlangen, so daß der ganze Profit ungeschmälert in die Taschen des Unternehmers fließen kann, lohnt es sich schon, einen Judaslohn auszuwerfen. Es wurde deshalb versprochen, daß, wenn sich 400 Arbeiter um die Unternehmung scharen, dann von jedem Unternehmer 1000 Mk. gestiftet würden, so daß man gleich in den Besitz eines Stammkapitals käme. Die Beiträge, welche die Arbeiter zu leisten hätten, betrügen nur 40 Pf. pro Monat. Und dafür gibt es eine Reihe Unterstüßungen. Einen Zwang zum Beitritt will man nicht ausüben, denn wenn es im Deutschen Textilarbeiterverband besser gefällig, solle ruhig bleiben, hieß es. Doch es wäre schon, wenn die Zittauer Textilarbeiter den Grimmitzäuern folgten und aus dem Verband austräten. (Aha!)

Und in Grimmitzschau soll der Austritt so massenhaft erfolgt sein, daß jetzt dort nur noch 400 Organisierte zu verzeichnen seien. (Wie falsch das ist, kann man unter „Berichte aus Fachreisen“ unter Grimmitzschau nachlesen. D. R.) Galten denn die Zittauer Unternehmern ihre Arbeiter wirklich für so dumm, daß diese nicht wüßten, daß Grimmitzschau noch heute eine Hochburg der sächsischen Textilarbeiter bedeutet? In einem Orte wie Grimmitzschau, wo über 4000 organisierte Textilarbeiter vorhanden sind, welche durch den 23 Wochen langen Kampf haben einsehen müssen, daß es mit der Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer aus ist, wenn sie gerechte Forderungen stellen, können Mittel, wie sie jetzt in Zittau angewendet werden, nicht mehr verfangen.

Auch die Zittauer Textilarbeiter werden erkennen, daß durch Feste, bei welchen die Regimentalstapelle aufspielen soll (natürlich auf Kosten der Unternehmer), es nicht möglich ist, die niedrigen Löhne und somit die traurigen Verhältnisse, in welchen sie leben müssen, zu verbessern. Gerade das Vorgehen der Unternehmer in der Zeit der Krisis wird der Arbeiterchaft zeigen, daß die Gründung von vaterländischen Vereinen nur ein Angstprodukt ist, dazu bestimmt, der Eintritt eines besseren Geschäftsganges die Arbeiter an für sie wichtigen Aktionen zu hindern. Die Arbeiter werden daraus die Lehre ziehen, daß es jetzt notwendig ist, die Organisation zu stärken, damit sie jederzeit gerüstet dem Unternehmer entgegenzutreten können.

Eigentlich wünschten ja die Unternehmer, daß nichts von ihrem Vorhaben in die Öffentlichkeit kommen sollte. Sie scheuen sich also, das Urteil der öffentlichen Meinung zu hören.

Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin muß es nun sein, neue Mitglieder dem Verbands zuzuführen. Das Vorgehen der Unternehmer muß auch den Indifferentesten die Augen öffnen. Darum hinein in den Verband deutscher Textilarbeiter! Denn nur durch eine starke Organisation ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Ein Wort an alle Posamentiere!

Mensch sein, heißt Kämpfer sein!

So zitiert die Krauter in Nr. 15 ihrer Verbandszeitschrift, der „Grauer“, in einem Artikel „Berlin — Hamburg“, und man muß ihnen ausnahmsweise einmal recht geben. Es war auch stets unser Bestreben und wird es auch immer sein, uns in diesem Sinne als Mensch zu zeigen, zumal uns bis heute gutwillig, noch nichts zugestanden wurde. Auch die Herren Posamentiermeister werden bemächtigt sein, die Beschlüsse, die sie im vorigen Jahre auf ihrem Verbandstage in Berlin gefaßt haben, wieder zu erneuern, um dem Recht, Mensch zu sein, nicht verlustig zu gehen. Das schwierigste Problem, welches in Hamburg zu lösen sein wird, ist jedenfalls die Arbeitsnachweisfrage. Wie schon hatten sich doch die Herren in Berlin ihren zukünftigen Arbeitsnachweis ausgemalt, als sie den Berliner Meistern den Auftrag zurückließen, zur Probe es mit dem lokalen Nachweis zu versuchen, um in Hamburg so weit zu sein, Arbeitsnachweise über ganz Deutschland einrichten zu können. S. a. m. a., nach dem für die Berliner Gehülfen verloren gegangenen Kampfe, war die Hoffnung groß, doch in Hamburg wird die Enttäufung über die in Berlin erzielten Resultate mindestens ebenso groß sein. Bei den Berliner Scharfmachern, die auf dem vorjährigen Verbandstage voller Begeisterung über den teuer erkauften Sieg ihre Kollegen aus dem Reiche nicht genug scharfmachen und ihnen nicht genug Mut machen konnten, machte sich diese Enttäufung kurze Zeit darauf schon bemerkbar. Die Nachfrage nach Gehülfen war damals eine ziemlich rege. Obgleich es auch in Berlin nicht an Arbeitslosen mangelte, fühlte sich doch fast gar keiner bemüht, den von den Krautern angebotenen Nachweis zu benutzen. Wäre die Konjunktur eine bessere gewesen, hätte der Unternehmernachweis nicht einmal die wenigen Arbeitskräfte, die größtenteils nur schwächere Arbeiter waren, vermitteln können. Sagte doch ein Unternehmer selbst, „die aus der Berufsamerstraße kommen, können doch nichts, die kann man gar nicht brauchen“. Aus dieser Erfahrung heraus wenden sich auch verschiedene Arbeitgeber wieder an den Nachweis der Gehülfen, andere greifen zu dem Zwitterding, der Annonce. Man wird also in Hamburg nicht weiter sein, als man ein Jahr vorher in Berlin war; ob die Arbeitsnachweise über ganz Deutschland ins Leben gerufen werden, bleibt abzuwarten, jedenfalls muß es auch an uns liegen, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Gehülfen, die dadurch vermittelt werden sollen, nicht zu groß sein wird.

Besser als mit ihrem Arbeitsnachweis haben die Krauter in Berlin mit der Feier des ersten Mai abgeschnitten. Trotzdem uns im vorigen Jahre erklärt wurde, daß außer Arbeitsnachweis, Einführung der Affordarbeit und Verfürgung der 13 Wochen auf acht Wochen alles, was 1905 tariflich festgelegt wurde, beim alten bliebe, gaben verschiedene Unternehmer den ersten Mai nicht frei, obgleich die schlechte Konjunktur es doppelt erlaubt hätte. Sie hatten eben das Bedürfnis, sich wieder mal als Menschen zu zeigen. Auch der Artikel „Berlin — Hamburg“ — in dem es heißt, „die Arbeiter träumen von einem Zukunftsstaat, in welchem das wirtschaftliche und geistige Leben geregelt werden soll, wo es dem Tüchtigen und Fleißigen nicht besser ergehen soll wie dem Untüchtigen und Faulen und wo es mit der Freiheit weit schlimmer bestellt sein mag, als zu den Zeiten der schlimmsten Reaktion“ — soll uns an den ersten Mai denken lassen, wo es mit der Freiheit des Tüchtigen und Fleißigen noch weit schlimmer bestellt war als mit der Freiheit des Untüchtigen und Faulen.

Aber wenn es ans Scharfmachen geht, sind sich die Herren immer einig. Anders in der Regelung ihrer Preise. Darin liegen sie sich ständig in den Haaren, einer ist immer noch billiger als der Billigste, natürlich nur auf Kosten des Arbeiters, der dadurch immer mehr gewahrt wird, daß das Kunsthandwerk immer noch einen goldenen Boden hat.

Kollegen, Ihr seht nun, daß die Unternehmer alle ihnen zu Gebote stehenden Machtmittel ergreifen, um uns in jeder Weise an Vorwärtskommen zu hindern. Es ist deshalb bringend notwendig, daß wir mehr denn je alles mögliche versuchen, unsere Organisation durch Heranziehung aller uns noch fernstehenden so zu stärken, daß auch wir zur gegebenen Zeit richtige Kämpfer sind und so lange aushalten können, bis wir voll und ganz zu unseren Menschenrechten gekommen sein werden.

Ein Posamentier.

Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter im Jahre 1907

befriedigt die Zeitung nicht. Ihre Hoffnungen in bezug auf die Entwicklung des Verbandes sind nicht ganz erfüllt worden, da die Mitgliederfluktuation eine ungewöhnlich große war.

Es wurden im Jahre 1907 neu aufgenommen 18 871 Kollegen und Kolleginnen, ausgetreten sind aber 11 939 Mitglieder, so daß nur ein Nettozuwachs von 4 932 Mitgliedern verblieb. Die Gesamtmitgliederzahl liegt im vergangenen Jahre von 86 984 auf 41 916, der Anteil der Kolleginnen (12 628) an der Gesamtmitgliederchaft beläuft auf sich rund 30 Prozent. — Die Zahl der Beamten beträgt 33, davon sind angestellt 4 Kollegen an der Zentralstelle, 14 als Bezirksleiter und 15 als Lokalbeamte.

Die Kassenverhältnisse haben sich im Jahre 1907 bedeutend günstiger gestaltet. Die Bruttoeinnahmen des Verbandes beliefen sich auf 583 644,98 Mk. (darunter 5061,20 Mk. Eintrittsgeld, 568 177,04 Mk. an Mitglieds- und Lokalbeiträgen, 2 793,32 Mk. an Gebührensbeiträgen, 7 613,42 Mk. sonstige Einnahmen).

Die Gesamtausgabe betrug 388 453,22 Mk. (u. a. 42 559,66 Mk. für Zeitungen, Redaktion, Expedition usw., 55 155,21 Mk. Agitation, 71 655,58 Mk. Streifenunterstützung, 5983,79 Mk. Gemäßigtenunterstützung, 67 465 Mk. Krankenunterstützung, 7980 Mk. Sterbeunterstützung, 1888,81 Mk. Rechtschutz, 2819,02 Mk. sonstige

Unterstützungen, Gehälter für Verwaltungsbeamte 7197,08 Mk., Druckkosten und sonstige geschäftliche Ausgaben 16 088,60 Mk., Ausgaben der Ortsgruppenkassen 91 764,19 Mk., Beiträge zum Gesamtverband 6698,09 Mk., Beiträge an die internationale Vereinigung 3664,40 Mk. usw.

Das Gesamtvermögen des Verbandes hat sich annähernd verdoppelt, es liegt bei 180 833,77 Mk. Ende 1906 auf 376 025,53 Mk. ultimo 1907. (Zentralkasse 332 057,92 Mk., Ortsgruppenkassen 43 967,61 Mk.)

Die im Jahre 1906 durch die Generalversammlung beschlossenen Reformen sollen sich im großen und ganzen bewährt haben, so das System der Staffelleistungen und die Neuregelung des Unterstützungswezens. Im laufenden Jahre findet wieder eine Generalversammlung statt, welcher u. a. die Aufgabe zufallen wird, eine Revision und evtl. eine Reorganisation der Unterstützungsrichtungen vorzunehmen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Zum Kampf der Handdrucker in Penig ist zu berichten, daß die Ausgesperrten völlig einmütig sind; die Hoffnung der Aussperrter, die Drucker würden in kurzer Zeit zu Kreuzen kriechen, wird zerschanden werden. Hinter den Druckern steht ihre starke Organisation als kräftiger Schutz, und die Solidarität der anderen Arbeiter wird sich ihnen auch von der praktischen Seite zeigen. Die Firma, deren Leiter bei Inszenierung der Aussperrung sich sehr siegesgewiß fühlte, gerät immer mehr in die Klemme; Arbeitswillige von auswärts erhält sie nicht, und die Ausgesperrten sind gefonnen, noch lange Wochen zu kämpfen. Da nun in kurzer Zeit der Besitzer der Fabrik, Konsul Herrfurth, von seiner Italienreise zurückkehren wird, scheint man bestrebt zu sein, ihm potentielle Dörfer herborzugaubern. Es muß in ihm der Anschein erweckt werden, daß seine Fabrik trotz der Aussperrung im vollen Betriebe sei. Zu diesem Zweck wird ein gelehrter Tischler sowie ein als Appretur tätiger Arbeiter benutzt, um die Drucker zu figurieren. Desgleichen sind drei Lehrlinge auf vierjährige Lehrzeit angenommen worden. Die drei alten, stehengebliebenen Drucker werden sich also einiger Mitarbeiter zu erfreuen haben und auf sie stolz sein! Auch der Obermeister Hanel arbeitet fleißig. Ob für die Firma genug, ist eine andere Frage. Es steht zu erwarten, daß Herr Hanel den Afford nicht nur nicht herunterbringen, sondern auf Lohnverbesserung dringen wird, was ja einer baldigen Erledigung der Differenzen den Weg ebnet würde, besonders da Herr Hanel bei seinen Reisen nach Böhmen das solidarische Verhalten der Stoffdrucker kennen lernte und weiß, daß von dort kein Arbeitswilliger kommen wird. So haben ihm z. B. in Reichenberg i. B. die dortigen Drucker auf seine Verbeugung geantwortet, es sei traurig genug, wegen der Differenz von 2 Pf. in betreff des geforderten Lohnes eine Aussperrung zu inszenieren. Er sollte nach Hause fahren und sich mit den ausgesperrten Druckern einigen. Aus Böhmen werde er nicht einen Mann erhalten! Dieses lobenswerte Verhalten der böhmischen Kollegen verdient alle Anerkennung. Auch aus dem Rheingebiet sind die Sendboten der Firma von ihrer Arbeiterjagd ohne Erfolg wieder heimgekehrt. Die Ausgesperrten seien also, gestützt auf ihre völlige Einmütigkeit und auf ihre gute Organisation, der Zukunft ruhig entgegen. Die Firma wird sich doch endlich genötigt sehen, mit ihnen als gleichberechtigten Faktor zu unterhandeln.

Die Differenzen bei der Firma F. W. Geinze in Spremberg sind zugunsten der Arbeiter geschlichtet worden.

Achtung, Wirrer! In letzter Zeit wurden bei der Firma Moritz Samuel & Co., Chemnitz, Goethestraße 5, einige Kollegen gemahngelt, da sie ihr Solidaritätsgefühl gegenüber den streikenden Kollegen in Gornsdorf zum Ausdruck brachten. Wir bitten die Kollegen in der Wirrerbranche, dieses zu beachten.

Die Zute Weber der Zute Weberei und Spinnerei in Redarsulm haben am Sonnabend die Kündigung eingereicht, weil sie sich nicht auf einen, ihnen von der Direktion vorgelegten neuen Lohnvertrag einlassen wollen, der erhebliche Lohnreduktionen vorsieht. Dieselben reichen bis zu 10 Prozent. Da sich ein erster Kampf entspinnen kann, wird dringend um solidarische Verhalten ersucht.

In der Spinnerei von Bergener u. Geiß in Salza haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um Abwehr größerer Maßregelungen.

Ausland.

Ungarn. 1200 Arbeiter der Neu-Westler Zute Fabrik in Budapest sind vorige Woche in den Ausstand getreten, weil angeblich die Direktion aus guten Gründen die Vertrauensmänner der Arbeiter nicht empfangen wollte.

Rußland. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Rsdz. Der in deutscher Sprache (illegal) erscheinende Ledzer „Vorwärts“ bringt nachstehende Angaben über die Tätigkeit des (illegalen) sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Rsdz. Vom 28. Februar 1906 bis 1. März 1908 beliefen sich die Einnahmen des Verbandes auf insgesamt 79 398 Rubel 27 Kopfen, denen an Ausgaben gegenüberstanden 74 782 Rubel 77 Kopfen (darunter Streifenunterstützungen 30 889 Rubel 87 Kopfen, für ausgesperrte Bäder 1000 Rubel, Unterstützung für Verhaftete 9665 Rubel, Arbeitslosenunterstützung 5239 Rubel 60 Kopfen, an das sozialdemokratische Parteikomitee 7797 Rubel). Bezeichnend für die Atmosphäre, in der sich die Tätigkeit des Verbandes abspielt, sind folgende Daten: Vom 1. Juni 1907 bis 1. Februar 1908 wurden an Unterstützungen ausgezahlt:

an 428 Verhaftete	für 1984 Wochen	4356 Rbl. 50 Kop.
" 575 Arbeitslose	" 1557 "	3491 " 50 "
" 995 Streikende und Ausgesperrte	" 1297 "	4880 " "

Im ganzen an 1998 Mitglieder für 4838 Wochen 12723 Rbl. — Kop.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Arbeiter-Radsfahrbundes „Solidarität“ ist in mancher Hinsicht interessant. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1907 von 57 000 auf 87 000 gestiegen, das Bundesvermögen von 76 000 Mk. auf 118 000 Mk. Die Organisation bietet den radelnden Arbeitern für ein Eintrittsgeld von 60 Pf. und den geringen Monatsbeitrag von 20 Pf. eine Reihe von schätzenswerten Vergünstigungen. Wir erwähnen, daß insgesamt für 1698 Radunfälle die Summe von 34 188,35 Mk. aus der Bundeskasse gezahlt worden ist. Für Sterbeunterstützung wurden in 131 Fällen 6550 Mk. und für Rechtschutz 4622,40 Mk. bezahlt. Von weiteren Einrichtungen des Bundes erwähnen wir das monatlich zweimal erscheinende Organ „Der Arbeiter-Radsfahrer“; er erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 100 000 Exemplaren.

Die Geschäftsstelle befindet sich in Offenbach a. M., Bismarckstraße 32.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg, der zu Pfingsten d. J. seine sechste Generalversammlung in München abhalten wird, hat soeben seinen Geschäftsbericht für die Jahre 1906 und 1907 herausgegeben. Die Mitgliederzahl liegt in diesem Zeitraum um 2379, nämlich von 5905 auf 8194. Der Verband unterhält jetzt sechs Geschäftsstellen: in Berlin, Dresden, Hamburg, Köln, Leipzig und München. Die Finanzlage des Verbandes zeigt u. a. folgende Zahlen:

Einnahme aus Mitgliederbeiträgen 131 718 Mk., sonstige Einnahmen 16 892 Mk. Ausgabe für Agitation 33 457 Mk., für Verbandsorgan 17 362 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 6982 Mk., für Rechtschutz 434 Mk., für Projektkosten und Strafen 1050 Mk., für fremde Streiks 1350 Mk., für Gehälter und Entschädigungen 32 724 Mk., für Verwaltungskosten (Druckkosten, Porto, Unkosten der Geschäftsstellen usw.) 36 827 Mk. Der Vermögensbestand war am 1. Januar 1906 11 881 Mk., am 31. Dezember 1907 14 006 Mk. Dem kommenden Verbandstage liegt ein Antrag vor, den Monatsbeitrag, der jetzt 1 Mk. für männliche und 60 Pf. für weibliche Mitglieder beträgt, um 20 Pf. zu erhöhen.

Der Geschäftsbericht, eine 54 Seiten umfassende Broschüre, ist zum Preise von 30 Pf., Porto 5 Pf., von der Geschäftsstelle des Verbandes, Hamburg 1, Felsenbinderhof 57, zu beziehen. (Verbandsmitglieder erhalten den Bericht zum Vorzugspreise von 10 Pf. durch die örtlichen Vertrauenspersonen.)

Die 9. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Dieselbe wurde am Montag, den 4. Mai, im Gewerkschaftshaus in Leipzig mit einer warm empfundenen Begrüßung des Kollegen Lange r - Leipzig vom Lokalkomitee eröffnet. In diesem Tage kamen noch die Berichte des Vorstandes, des Kassierers, des Ausschusses, der Revisoren, der Redaktion der Fachblätter und der Preßkommission zum Vortrag. Auch die Krefelder Angelegenheit wurde noch zum Teil erledigt. Sie dürfte noch eine Fortsetzung am anderen Tage erfahren.

Aus dem Reichstage.

(Vom 28. April bis 2. Mai.)

Der Reichstag beschäftigte sich nach den Osterferien zunächst mit Petitionen. Eine Petition der Chorjänger und Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf ihren Beruf gab den Genossen Brühne und Hildenbrand Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie wiederholt die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf alle Personen mit minderm Einkommen gefordert habe. Die Petition wurde zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine weitere Petition der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands betr. Durchführung des elsass-lothringischen Berggesetzes beantragt die Kommission, dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen und, soweit sie die Errichtung eines Knappschaftsstatuts betrifft, zur Kenntnisnahme.

Es kam bei dieser Petition zu lebhaften Auseinandersetzungen betreffend die elsass-lothringischen Berggesetze, insbesondere wegen Errichtung eines Knappschaftsstatuts für die Reichslande. Abg. Giesberts (Z.) zeigte, daß im elsass-lothringischen Berggesetz ebenso wie im preussischen bestimmt sei, es sollen überall Knappschaftsvereine errichtet werden. In Elsass-Lothringen sei aber diese Bestimmung nicht als Zwang aufgefaßt wie in Preußen. Wenn jedoch im Gesetz steht, es sollen Knappschaftsvereine bestehen, so müßten sie auch errichtet werden.

Genosse Emmel meinte, die elsass-lothringische Regierung setze offenbar eine Ehre darein, hinter der rüchständigen preussischen in bezug auf die Sozialpolitik immer noch einige Schritte zurückzubleiben. Er machte aber auch dem Zentrum zum Vorwurf, daß es im elsass-lothringischen Landesausschuß nicht immer mit solcher Verve für Petitionen wie die hier dem Reichstage vorliegende eingetreten sei. Es nahmen dann noch mehrere Zentrumsgesandnete, weiter Abg. Behrens das Wort, dem von sozialdemokratischer Seite eine sonderbare Haltung bei den Abstimmungen über das Reichsbereinsgesetz vorgeworfen wurde, und der elsass-lothringische Bundesratsvertreter, Geheimrat Halle, verwahrte die elsass-lothringische Regierung gegen den Vorwurf Emmels, daß sie in der Knappschaftsfrage hinter der preussischen Regierung hergelaufen sei. Der Antrag der Kommission wurde darauf angenommen, ebenso zwei Anträge, welche die Forderung der Bergarbeiterinteressen in den Reichslanden beschleunigen sollen. Der eine davon ging von der Sozialdemokratie, der andere vom Zentrum aus. In dritter Beratung wurde dann ein Gesetzentwurf betreffend die Beschäftigung von Hilfsmitgliedern im kaiserlichen Patentamt angenommen. Dann folgte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über den Unterstützungswohnitz.

Die Neuerungen, die der Entwurf bringt, sind durch die stärkere Fluktuation der Bevölkerung veranlaßt worden. Es sind aber für die Regierung und die Mehrheitsparteien nur agrarische Gesichtspunkte bei Festsetzung neuer Bestimmungen geltend gemacht worden. Ihre Tendenz geht dahin, die Unterstützung Hilfsbedürftiger wesentlich der Arbeitsgemeinde an Stelle der Heimatgemeinde aufzubürden. Deshalb ist der Verlust der Unterstützungsberechtigung sowie deren Neuerwerb an eine Frist von einem Jahre statt bisher zwei Jahren geknüpft. Außerdem ist die Unterstützungsmündigkeit von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt.

Für den Besuch politischer Versammlungen hat man die Mündigkeit soeben erst auf 18 Jahre heraufgeschraubt. Darauf wiesen die Genossen Stolle und Kaden hin, natürlich vergeblich. Die Verbesserungsanträge, welche von sozialdemokratischer Seite gestellt waren, wurden gleichfalls abgelehnt. Für große Zweidverbande, denen die Armenunterstützung zur Last fallen würde, sind die bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Es folgte dann die zweite Lesung des Vogel sch u g g e s e t z e s.

Die Reichsregierung forderte in einer Vorlage betreffend die Erhöhung der Postdampfersubventionen für die Erweiterung der subventionierten Dampferfahrten des Norddeutschen Lloyd durch Einlegung zweier Linien einen jährlichen Zuschlag von 600 000 Mk. Dagegen sprachen sich selbst die Konservativen aus. Die Sozialdemokratie ließ durch Genossen K o s t e ihre völlig ablehnende Haltung erklären. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen. Allgemeiner Zustimmung begegnete eine Vorlage, die Stempelabgaben von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge ausländischer Besitzer zu ermäßigen. Eine Vorlage betreffend Neuerungszulagen für Beamte wurde der Budgetkommission überwiesen.

Soziales.

Die 19. Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses ist vom 9. bis 11. Juni in Dessau. Am ersten Abend ist eine Spezialkonferenz für Jugendarbeit vorgesehen. Am 10. Juni halten Professor Deichmann-Berlin über „Das Urchristentum und die unteren Schichten“ und Professor Franke-Berlin über „Gemeinnützige Rechtsauskunft“ Vorträge, dem sich am 11. Juni ein Referat von Professor W y d r a g a m - Lübeck über die soziale Bedeutung der Mädchenschulreform anschließt.

Fleischpreisregelung in Pforzheim und Erlangen. Die Bürgerchaft in Pforzheim hat einen sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer amtlichen Kommission, die die Fleischpreise von Woche zu Woche festsetzen soll, mit großer Mehrheit angenommen. Auch der Vorsitzende der Schlachthauskommission befürwortete den Antrag. Es entspricht dieses Vorgehen dem der Stuttgarter Stadterwaltung, welche die Fleischpreise eingeführt hat. — In Erlangen drohte die Stadterwaltung gegenüber den Preistreibern auf dem Erlanger Fleischmarkt, die zu den Fleischpreisen von Pforzheim und Nürnberg in Widerspruch stehen, daß sie die bestehende städtische Freibank zu einer Fleischbank ausgestalten, eventuell sogar die Errichtung einer Genossenschaftsschlachtereie veranlassen würde. Ferner ist den Fleischern in Erlangen durch ortspolizeiliche Vorschrift die Verpflichtung auferlegt worden, das Fleisch nach Qualitäten zu verkaufen und die Preise

auf einer im Laden aufzuhängenden Tafel bekanntzumachen. Auch darf eine Preiserhöhung erst nach vorherigem dreimaligen Ausschreiben erfolgen.

Vertretung der Bureaubeamten in Arbeitskammern. Der Verband deutscher Bureaubeamten, Sitz Leipzig, hat an den Reichstag eine Eingabe um gesetzliche Interessenvertretung der Bureaubeamten in Arbeitskammern gerichtet. Es heißt in dem Schriftstück:

Der Verband bittet den Reichstag, auch für die Bureauangestellten gesetzliche Interessenvertretungen in Arbeitskammern schaffen zu wollen. In dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern, der dem hohen Bundesrat am 4. Februar d. J. von der Reichsregierung zugegangen ist, wov die Errichtung von Arbeitskammern für die Handlungsgehilfen, für die Techniker und Werkmeister weiteren Entwürfen vorbehalten, die, wie es heißt, bereits ausgearbeitet sind. Mit keiner Silbe werden aber bei dieser Gelegenheit die Bureaubeamten, hauptsächlich die bei Rechtsanwälten und Notaren beschäftigten, erwähnt. Infolgedessen richten wir an den hohen Reichstag die höfliche wie dringende Bitte, auch die Bureaubeamten einmal in den Genuß sozialer Wohltaten kommen zu lassen.

Die internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz wird ihre 5. Delegiertenversammlung vom 28. bis 30. September d. J. in Luzern abhalten. Die Tagesordnung wird erst später bekanntgegeben werden.

Aus Unternehmerkreisen.

Im internationalen Verband der Seidenfärbereien. Im internationalen Verband der Seidenfärbereien sind für die nächsten Tage stürmische Sitzungen der Verbandsmitglieder zu erwarten, weil die Schweizer Seidenfärberei sich nicht an die abgemachten Vereinbarungen gehalten und die Couleurpreise ohne Genehmigung bzw. vorherige Befragung des deutschen Verbandes den Schweizer Fabrikanten um 2 Prozent heruntergesetzt haben sollen. Naturgemäß werden nun auch die deutschen Fabrikanten diese Herabsetzung der Couleurpreise um 2 Proz. fordern. Im Herbst des vor. Jahres wurde für couleure Seiden ein Ausschlag von 2 Proz. zum 1. Januar 1908 beschlossen. Dieser Ausschlag ist in Kraft getreten und bezahlt worden. Die Schweizer Seidenfärberei wollen nun angesichts des schlechten Geschäftsganges auf die 2 Prozent verzichten, und, wie schon gesagt, sollen sie unter der Hand Abmachungen mit den Fabrikanten getroffen haben. Die deutschen Fabrikanten fordern nun, wie man der „Rhein.-Westf.-Ztg.“ schreibt, das gleiche und wollen auch noch die seit Januar bereits bezahlten 2 Prozent zurückvergütet haben. Ob und inwieweit man diesen Wünschen nachkommen, bzw. die im Vergleich zu der Lage der Preise für schwarz für die Seidenfärbereien noch günstigen Preise für couleure herabsetzen wird, bleibt abzuwarten. Durch diese Streitigkeiten ist aber der ganze Verband in seiner Existenz bedroht. Den Schweizer Seidenfärbereien steht das Recht zu, den Gegenständigkeitsvertrag zu kündigen, und dies würde das Ende des ganzen internationalen Verbandes sein.

Verein der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Verein der deutschen Arbeitgeberverbände hielt unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrats Mendel-Altona in Berlin seine Hauptversammlung ab. Dem Verein sind im vergangenen Jahre 20 Verbände mit 180 000 Arbeitern neu beigetreten, so daß er jetzt nach vierjährigem Bestehen insgesamt 20 Verbände mit 1 400 000 Arbeitern umfaßt. Die bedeutendsten ihm angehörenden Organisationen sind: der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit 500 000, der Verband sächsischer Industrieller mit 400 000 und der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona mit 140 000 Arbeitern. Die Verhandlungen der Hauptversammlung bezogen sich außer der Erledigung der Regularien namentlich auf die Stellung der Arbeitgeberchaft zu der Frage der Arbeiterauschüsse und der von verschiedenen Seiten angestrebten obligatorischen Einführung der Tarifverträge. Zum Vorsitzenden wurde Herr Geheimrat Kommerzienrat Hedemann-Berlin, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kommerzienrat Mendel-Altona wiedergewählt.

Massenaustritt von Unternehmern. Sämtliche Mitglieder in Auerbach i. B. des „Fabrikantenvereins der Sächsischen Stiderei- und Spinnindustrie“ traten aus dem Verein aus, weil in einem kaufmännischen Verein zu Plauen ein Spottlied auf Auerbach gesungen worden war. Auch die Vertretung der Stadt protestierte.

Aus Handel und Industrie.

Der Rückgang des Warenexports nach den Vereinigten Staaten Amerikas ist im ersten Quartal 1908, in den Bezirken einiger amerikanischer Konsulate, ein ganz erheblicher gewesen. Hierbei ist auch die Textilindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres war der Export geringer, im Konsulatsbezirk:

Berlin	um	5 972 624 Mk.
Frankfurt a. M.	"	18 396 449 "
Hamburg	"	8 098 200 "
Plauen	"	2 279 285 "
Arnaberg	"	438 156 "
Gera	"	391 349 "
Württemberg	"	1 016 013 "

Die Gesamtsumme des verminderten Exports nach den Vereinigten Staaten von Amerika beträgt also im ersten Quartal d. J. allein in diesen sieben Konsulatsbezirken rund 38 1/2 Millionen Mk.

Förderung der Baumwollkultur in Zentralasien. Wie die „W.-Z.“ meldet, machen die russischen Baumwollfabrikanten neuerdings wieder die größten Anstrengungen, um die Baumwollkultur in Zentralasien zu fördern. Das Moskauer Vorstkomitee hat beschloffen, eine besondere Expedition auf Kosten der Baumwollindustrie des Moskauer Bezirks nach Zentralasien auszurüsten und die Regierung um staatliche Unterstützung dieser Expedition zu ersuchen. Die Expedition soll besonders ihr Augenmerk auf das große Gebiet am linken Ufer des Amu-Darja richten.

Ein Wolltruff in Amerika. Nach englischen Zeitungen soll in den Vereinigten Staaten ein neuer Truff seitens mehrerer Wollzüchter mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund gebildet worden sein. Es heißt, daß eine große Anzahl von Schafzüchtern an dem Truff beteiligt ist.

Die Nachricht scheint uns nur eine recht fette Ente zu sein, die als Lockmittel dienen soll, um die störrisch gewordenen Käufer auf dem Wollwarenmarkt in die Netze der Spaußiers zu locken.

Vermischtes.

Von einer Unterfchlagung, die unseren Verband betroffen haben sollte, berichten Unternehmerblätter aus Neustadt a. Orla. Die Unterschlagung hat aber nur den dortigen — Turuberein betroffen.

Entdeckung eines Mammut. Die Akademie der Wissenschaft in Petersburg hat eine gut ausgerüstete Expedition nach dem Tale Santaurial in Nordibirien geschickt, um die Ueberbleibsel eines Mammut auszugeben zu lassen, die 300 Werst von dem Dorfe Kasachia entfernt entdeckt wurden. Durch Wasserspülungen wurden der Schädel und ein Teil des rechten Vorderbeines freigelegt. Auf den Knochen fand man mit Haaren bedecktes Fleisch. Die arktischen Füchse hatten begonnen, von dem Kadaver zu fressen, und man übergoß die freigelegten Teile des Mammut mit Wasser, um eine schädliche Gärung zu verhindern. Die Fundstelle liegt von den Verkehrsstraßen entfernt, so daß die Reste der Expedition zwei Monate in Anspruch nehmen wird. Die Ueberreste des Riesenelefanten werden auf 50 Rentierschlitzen nach dem Flusse Lena geschafft und von dort mit der Bahn nach Petersburg trans-

portiert werden. Die russischen Naturforscher glauben, daß dieser Fund von großem Werte ist, weil man weiß, daß der augenblicklich im zoologischen Museum in Petersburg ausgestellte Mammut noch nicht voll entwickelt war. Man glaubt, daß er nur etwa 25 Jahre alt war. Die Mammuts haben nach Ansicht der Gelehrten vor ungefähr 100 000 Jahren gelebt. Die Ueberbleibsel des zuerst entdeckten Mammut waren vorzüglich erhalten, das Fleischstücke aufgetaut, gefalzen und gekocht und von russischen Gelehrten tatsächlich gegessen wurden.

Betriebsunfälle.

In Lutterbach (Hf.) kam in der Bleicherei Dörig ein Arbeiter dem Triebrod der Merceriermaschine zu nahe; er erhielt von der Achse des Triebrades einen so furchtbaren Schlag auf den Hinterkopf, daß ihm die Hirnhäute eingeschlagen wurde. — Eine in der Tuchfabrik Friedrich Koch in Forst i. L. beschäftigte Weberin verunglückte vorige Woche dadurch, daß sie von einem Webstühlen getroffen wurde, der ihr Lippe und Unterlippe erschlug.

Mißstände im Textilgewerbe.

In Rirchberg, in dem Betriebe der Firma F. G. Wolfen, steht in der Walkerei eine Pumpe; um dieselbe aber ein- und auszuliegen, müssen die betr. Arbeiter unter den Walkzylindern hinfrieden, sonst ist kein Zugang vorhanden. Dabei kann der betr. Arbeiter sehr leicht von Riemen und Ketten erfasst werden. Ueber diesem Raume ist in der Decke ein Loch, wo Tuche heruntergeworfen werden, hier fehlt die Umgänzung. Bei einer Strangwalzmaschine ist der Gang zu schmal, so daß der Arbeiter immer der Gefahr ausgesetzt ist, vom Räderwerk ergriffen zu werden. Auch das an den Karbonisieröfen befindliche Räderwerk ist nicht verdeckt.

Schon längst sollte ein Arbeiter eingestellt werden, der die Spulen den Webern trägt, dies ist bis heute noch nicht geschehen. Die Weber und Weberinnen müssen sich die Spulen in der auf der anderen Seite des Räderbaches befindlichen Fabrik holen; diese Säcke wiegen in der Regel 40—50 Pfund. Diese Nebenarbeit bedeutet für die Weber einen enormen Zeitverlust, der nicht bezahlt wird.

In einem Raume neben der Walkerei befindet sich keine Dampfheizung, da sucht man sich damit zu helfen, daß die dunstgeschwängerte, überhitzende Luft aus dem Trockenraume durch einen Ventilator in den unbeheizten Raum geleitet wird, dadurch soll die Dampfheizung ersetzt werden. Vom Wollboden werden auf beiden Seiten zwei Stöck hoch Ballen heruntergeworfen. Auch hierbei kann sehr leicht ein Unglück geschehen, denn es werden nicht immer die nötigen Vorkehrungsmaßregeln angewendet. Herr Albin Wolf hat schon öfters schäutern zur Tür hinausgeschaut, daß nicht etwa einmal ein Sad in dem Augenblick herunterkommt, wo er das Gebäude verläßt.

Berichte aus Fachreisen.

Barmen. Die Firma Gentels in Langerfeld glaubt die jetzige Zeit des wirtschaftlichen Niederganges dazu benutzen zu müssen, Arbeiter, die 7, 10, 12, 17, 18, ja sogar 22 Jahre treu und fleißig dazu beigetragen haben, die Firma Gentels zu dem zu machen, was sie heute ist, zu entlassen. Noch vor 30 Jahren war der alte Herr Gentels selbst Arbeiter und heute: Kommerzienrat und Lenker des Geschäftes von etwa 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen. Hatte man in früheren Krisen die Arbeitszeit verkürzt oder, wenn Entlassungen nicht zu vermeiden waren, die jüngsten und ledigen Arbeiter dazu ausersehen, so ist dies heute anders. Um den Arbeitern den Harmoniebusel gründlich auszutreiben, beschuldigt man die im Dienste der Firma grau gewordenen Arbeiter noch der Lässigkeit. Es würde auch den Gewinn schmälern, wenn die Milklionsfirma die älteren Arbeiter berücksichtigte; ist man doch schon seit langem dazu übergegangen, ein ganzes Heer jugendlicher Arbeiter einzustellen, die man mit niedrigen Löhnen und schneidriger Behandlung leichter zufriedenzustellen kann als klaffenbewusste Arbeiter. Will man so ein jugendlicher Arbeiter wegen schlechten Verdienst kündigen, dann wird demselben bedeutet, daß in diesem Falle seine dort beschäftigten Familienangehörigen gleichfalls entlassen würden. Das System in den Entlassungen liegt, beweist, daß die, vielleicht irrtümlich vorgenommenen Kündigung eines früheren Arbeitswilligen der Firma Bartels u. Dierichs wieder zurückgenommen wurde. Die Unzufriedenheit über das Verhalten der Firma ist in Langerfeld ziemlich allgemein, da die Firma bisher immer sehr viel Gewicht darauf legte, stark in „Christentum“ zu machen. Dieser hatte sie Tausende Mark für Vereinshäuser, sonstige Stiftungen und für kirchliche Zwecke übrig. Hoffentlich werden durch die jetzige Haltung der Firma noch manchem dort beschäftigten Arbeiter die Augen geöffnet und er zum Mitgliede unserer Organisation gemacht.

Chemnitz. Die hiesige Filiale hielt Sonnabend, den 25. April, ihre Mitgliederversammlung im „Schützenhaus“ ab. Kollege Fritsch hielt einen interessanten Vortrag über: „Die Entwicklung der Volkswirtschaft“, wofür er am Schlusse reichen Beifall erntete. Hieran erstatteten die Kollegen Kaumann, Krell und Mehnert Bericht von der Gaukonferenz in Buchholz. Der bisherige Gauvorsitzende, bestehend aus den Kollegen Florjusch, König, Reinhold und Kollegin Wagner, wurde per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Als Kandidat zum Gewerkschaftskongress in Hamburg wurde Gauleiter Reichelt vorgeschlagen. Kollege Reinhold forderte die Mitglieder auf, sich zahlreich an dieser Wahl zu beteiligen. Die Beteiligung an den letzten Wahlen sei geradezu bescheiden gewesen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß am 10. Mai ein Ausflug nach Hochsburg-Lungenau gemacht werden soll. Die endgültige Abfahrtszeit wird Freitag, den 8. Mai, in der „Volkstimme“ bekanntgemacht werden. Schließlich wurde noch beschlossen, den Gornsdorfer Streikenden 500 Mk. zu übermitteln.

Grimmitzschau. Die letzte, am 14. April im „Deutschen Hause“ abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich wieder einmal einer sehr lebhaften Aussprache, was sehr zu begrüßen ist. Obwohl die Gemüter infolge Verschiedenheit der zutage tretenden Ansichten hart aneinander gerieten, muß doch ganz besonders betont werden, daß die Diskussionen in unseren Monatsversammlungen, solange sie sich sachlich vollziehen, für unsere Zahlstelle nutzbringend sind. Vor allen Dingen müssen es sich unsere Kollegen und Kolleginnen mehr als bisher zur Pflicht machen, lebhaften Anteil an dem Besuch unserer Monatsversammlung und deren Aussprache zu nehmen. Nicht in Werkstätten, an Bierischen oder sonstwo soll man seine Klagen vorbringen, sondern da, wo der Platz dazu ist: in der Versammlung. — Einer sehr lebhaften Aussprache über den Gaukonferenzbericht folgte der Geschäftsbericht vom Jahre 1907. Derselbe weist eine Steigerung der Mitgliederzahl im Berichtsjahre von 98 Personen auf. In Organisierten waren zu verzeichnen: am 31. Dezember 1906: 1843 männliche, 2119 weibliche, in Summa 3962; am 31. Dezember 1907: 1918 männliche, 2142 weibliche, in Summa 4060. Außer 18 geschäftlichen Sitzungen fanden 165 Fabrikbesprechungen, vier Vertrauensmännerversammlungen, 26 Fabrikbesprechungen, sieben öffentliche sowie acht Monatsversammlungen statt. Ferner wurden noch drei Branchensprechungen, und zwar mit den Färbereiarbeitern, Appreturarbeitern, sowie Meißerei-Wolferararbeitern veranstaltet. In denselben wurden Fragebogen zwecks Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der genannten Kategorien herausgegeben. Infolge Laubzeit eines großen Teiles dieser Kollegen ließ das Eingehen dieser Fragebogen sehr viel zu wünschen übrig, und mußte man dadurch die Sache auf sich beruhen lassen. Zu bemerken ist, daß die eingegangenen Färbereiarbeiter-Fragebogen einen wöchentlichen Lohn von 14,50 Mk. bis 16 Mk. aufwiesen, nur 15 Personen davon hatten über 16 Mk. zu verzeichnen.

Obwohl nur in einem Fall, wo es zweimal zur Kündigung der Arbeiter kam, sich die Organisationsleitung veranlaßt sah, offiziell einzugreifen und die Öffentlichkeit zu unterrichten, so ist doch in einer großen Anzahl von Fällen, wo Lohnhöhen erreicht wurden, die Organisationsleitung die indirekte Triebkraft gewesen. So wurde in 16 Fällen eine Lohnhöhe von bis zu 1,80 Mk. bei 14-tägiger Lohnzahlung erzielt, und zwar: in drei Fällen 1/2 Pf. pro Stunde mit 273 Personen, in vier Fällen 1 Pf. pro Stunde mit 366 Personen, in einem Fall bis zu 1 1/2 Pf. mit 150 Personen, in zwei Fällen 80 Pf. bei 14 Tagen mit 148 Personen, in zwei Fällen bis zu 1 Mk. bei 14 Tagen mit 40 Personen, in einem Fall bis zu 1,65 Mk. bei 14 Tagen mit 65 Personen, in drei Fällen 1,80 Mk. bei 14 Tagen mit 228 Personen. Wir könnten noch über weitere Lohnhöhen berichten, wenn die betreffenden Kollegen, mit welchen in Sitzungen über zu fordernde Lohnhöhe beraten wurde, es immer der Mühe für wert gehalten hätten, über die etwaigen Erfolge Bericht zu erstatten. Ferner wurde noch in einigen Betrieben das für die Arbeiterschaft lästige Prozentsystem beseitigt, sowie eine Maßregelung rückgängig gemacht.

An Einnahme war zu verzeichnen: 450 Mitgliedsbücher à 30 Pfennig = 135 Mk., 84 704 Wochenbeiträge à 20 Pf. = 16 940,80 Mark, 82 965 Wochenbeiträge à 30 Pf. = 24 889,50 Mk., 15 413 Wochenbeiträge à 40 Pf. = 6165,20 Pf., 13 158 Wochenbeiträge à 50 Pf. = 6579 Mk., sonstige Einnahmen 1039,61 Mk., Kassenbestand am 31. Dezember 1906 937,08 Mk., in Summa 55 686,19 Mk.

Dem steht eine Ausgabe gegenüber: Krankenunterstützung 10 879,25 Mk., Reiseunterstützung 263,18 Mk., Sterbeunterstützung 358 Mk., Rechtsschutz 43 Mk., Gemahregeltenunterstützung 426,50 Mark, Streikunterstützung 108,60 Mk., Agitation 841,50 Mk., in Notfällen 120 Mk., sächliche Ausgaben 2545,70 Mk., sonstige Ausgaben 701,63 Mk., an die Hauptkasse gefandt 28 922,59 Mk., für Verwaltung inklusive 4000 Mk. Entschädigung der Unterlassener 7309,70 Mk., Kassenbestand 566,54 Mk., in Summa 55 686,19 Mk.

Hierdurch dürfen nun wohl unsere Kollegen, welche sich von gewissen Elementen immer weismachen lassen, daß unsere Organisation immer mehr und mehr am Orte zurückgeht, eines Besseren belehrt sein. Deshalb rufen wir den Kollegen und Kolleginnen zu: Immer vorwärts zu neuer Agitation!

Forsheim (Böhmen). Wie die Zeitungen berichten, hat die Firma Weber u. Ott, Aktiengesellschaft FÜRCH, im vorigen Jahre einen Nettogewinn von 2 Millionen 8000 Mark erzielt. Es werden nach Deduktion der Geschäftskosten und Abschreibungen 800 000 Mk. an Dividenden verteilt. Dies ist fast noch mehr, als in dem hiesigen Betriebe mit 1000 Arbeitern an Arbeitslohn ausbezahlt wird. Es ist dies ein hübscher Entbehrenslohn und können die Herren die jetzige Krisis gut überleben. Anders bei den Arbeitern. Zu wiederholten Malen wurde die Woche nur 5 Tage gearbeitet. Ja, es geht das Gerücht, daß, wenn die Aufträge nicht reichlicher einlaufen, in der nächsten Zeit die Woche nur 4 Tage gearbeitet werden soll. Was dies für den Arbeiter bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden; daß den Arbeitern eine Entschädigung werden soll, haben wir bislang noch nicht gehört. Wozu auch. Die Arbeiter sind zufrieden. Obwohl in Hunderten von Versammlungen Auffklärung gegeben wurde, daß es besser für die Arbeiter nur dann wird, wenn sie sich organisieren, so ist es doch nur ein kleines Häuflein, das sich das zur Lehre genommen hat. Hoffentlich kommt's bald. In den nächsten Tagen wird ihnen dazu Gelegenheit gegeben werden. Der regen Agitation des Kartells der freien Gewerkschaften ist es gelungen, daß auch für hier ein Gewerkschaftsamt errichtet wird. Die erstmalige Wahl der Weisler aus dem Stande der Arbeitnehmer findet am Sonntag, den 17. Mai, statt. Die Wahl ist eine Verhältnismahl. An der Wahl teilzunehmen sind die Arbeiter berechtigt, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt, im Bezirk des Gewerkschafts wohnen oder beschäftigt sind. Da hier die Textilarbeiter die Mehrzahl sind, müssen die organisierten Kollegen es als ihre Aufgabe betrachten, nicht allein selbst zu wählen, sondern auch die der Organisation noch fernstehenden zur Wahl anzuhalten. Es muß dies um so mehr geschehen, als die schwarze Garbe, die in der Agitation zur Errichtung des Kartells absolut nichts getan hat, nunmehr alles in Bewegung setzt, um die freien Gewerkschaften mit ihrer Vorschlagsliste auszuschalten. Um dies besser zu erreichen, haben sich die feindlichen Brüder, die katholischen und lutherischen, verbunden. Machen wir einen dicken Strich durch ihre Rechnung!

Friedland (Bezirk Breslau). Die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht sich auch an hiesigen Orten in sehr unangenehmer Weise bemerkbar. Wenn auch früher die hiesige Arbeiterschaft schlechten Geschäftsgang spürte — die besonderen Anzeichen waren immer rigorose Behandlung der Arbeiter, außergewöhnliche Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit und bei der geringsten Meinigkeit der ominöse Ausspruch: „Wem es nicht paßt“ usw. — so war es aber am hiesigen Ort noch niemals soweit gekommen, daß der Betrieb direkt eingeschränkt worden wäre. Dazu fühlte sich aber, wie ein Anschlag in den Betriebsräumen verhängt, die Firma Julius Wendig Söhne gezwungen, und zwar wird von Anfang Mai an in der Weberei und Spulerei Montags ausgesetzt werden. Nun macht es aber einen sehr eigentümlichen Eindruck, daß gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Betriebseinschränkung noch zwei weitere Anschläge erschienen, von denen der eine einen Lichtbildervortrag über den Krieg von 1870/1871 für die im Betrieb Beschäftigten und ihre Angehörigen ankündigt. Abgesehen davon, daß man über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vortrages verschiedener Ansicht sein kann, ist es aber entschieden zu beurteilen, daß die Arbeiter, die durch die Betriebseinschränkung eine Einnahmeverminderung zu erwarten haben, zu solch überflüssigen Ausgängen provoziert werden. Ein dritter Anschlag kündigt eine ganz besondere Wohltat an. Die Firma will ihren Arbeitern Landparzellen zu Arbeitergärten, pachtweise wahrnehmlich, überlassen, und zwar unter der Oberaufsicht und den Bedingungen des „Vereins zum Wohl der arbeitenden Klassen im Kreise Waldenburg“. Das ist aber das Bedenkliche für die Arbeiter. Dieser Verein protegiert die „Selben“, die sich bei uns „reichstreuere Arbeitervereine“ nennen, und es ist deshalb ohne weiteres anzunehmen, daß diese Art Wohltätigkeit mit dazu dienen soll, die Arbeiter vom Nachdenken über ihre wirtschaftliche Lage und von der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen abzulenken. Eine wirkliche Wohltat würde die Firma ihren Arbeitern erweisen, wenn sie endlich einmal den schon so oft gerügten Mangelstand mit den Aborten beseitigen wollte, damit, wenn diese geleert werden, der pestilenzartige Geruch in den Betriebsräumen nicht mehr aufkomme, durch den auch schon verschiedentlich Arbeitern übel geworden ist und der sicherlich nicht dazu beiträgt, die Gesundheit der Arbeiter zu fördern. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Weiche in der gegenwärtigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges ein jeder seiner Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverbande, treu. Sorge jeder dafür, daß durch Zuführung neuer Mitglieder unsere Organisation gestärkt wird, denn nur dann, wenn wir diese unsere einzige Waffe im wirtschaftlichen Kampf nach innen ausbauen und kräftigen, wird es gelingen, die Verhältnisse auf gegenwärtiger Höhe zu erhalten und bei später wieder aufsteigender Konjunktur neue Vorteile für die Arbeiterschaft herauszuholen.

Gummersbach. Auch hier in Gummersbach und Umgegend machen sich Zeichen des schlechten Geschäftsganges bemerkbar. So hat die Firma Krawinkel u. Schnabel, Streichgarnspinnerei, vor einigen Wochen ihren ganzen Nachtbetrieb eingestellt. Die Firma G. W. Sondermann, Strickerei, Spinnerei und Weberei, hat die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden reduziert, und auch mehrere Arbeiter gefündigt. Die Firma Bernhard Krawinkel hat sogar die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden pro Tag herabgesetzt. Auch hört man aus anderen Fabriken Klagen über Mangel an Aufträgen. Die Textilarbeiter allerorts werden gebeten, sich nicht nach hier zu geben, da wir hier für dieses Jahr einem sehr schlechten Geschäftsgange entgegensehen.

Anmerkung: Den Mitgliedern unserer Zahlstelle zur Nachricht, daß vom 1. Mai ab die Mitgliedsbücher durch die Unterlassener eingezogen werden. Sorge daher ein jedes Mitglied, daß

sein Buch in Ordnung ist. Ferner finden von jetzt ab wieder regelmäßig unsere Mitgliederbesprechungen statt, und zwar jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, in unserem Versammlungslokale von Julius Torley, Derfchlag. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, dieselben pünktlich zu besuchen. Kollegen! Unterdrückt nun endlich eure Gleichgültigkeit und zeigt, daß ihr auch Interesse an unserer guten Sache habt! Sorgt dafür, daß uns in den nächsten Wochen eine große Zahl neuer Mitglieder zugeführt wird, damit wir auch hier in Gummersbach und im Umland zu einem Machtfaktor werden. Unsere Lösung muß stets sein: Vorwärts, vorwärts!

Gera. Auch eine Maidemonstration. Die Unstimmigkeiten in der Geraer Kollegenchaft sind trotz der Einigungsverhandlung und Erklärung am 17. März noch immer nicht geminert, ja man könnte sagen: sie haben sich noch mehr zuspitzt. Eine willkommene Gelegenheit für Drüdeberger, sich aus dem Verbände abzumelden. Hierzu von vielen nur ein Beispiel. Der Kollege Ernst Melhose, Mitglied seit 31. Oktober 1902, wo wir eine Lohnbewegung hatten, vorbereitete vor kurzer Zeit die von A bis Z erfundene Klatscherei: der Kollege Paul Röder, Mitglied der Dreimännerkommission, habe während einer Krankheitsdauer in seiner jetzigen Stellung als Expedient der „Neufährigen Tribüne“ sowohl sein Gehalt als auch das Krankengeld von der Ortskassenkasse, das Krankenzuschußgeld vom Verbände und extra noch eine hohe Unterstützung vom Zentralvorstand erhalten. So würde mit Arbeitergroßen gewirtschaftet. Schade um jeden Pfennig, den man einer solchen Gesellschaft noch zuwendete. Und just zum ersten Mai bewirkten M. und noch zwei solch ehle Seelen ihre Abmeldung aus der Filiale unter folgender schriftlicher Begründung:

„Auf Grund angefertigter Beobachtungen und den daraus gemachten Erfahrungen erscheint es für uns ganz ausgeschlossen, unter einer solchen Korruptionswirtschaft, wie sie sich gegenwärtig herausgebildet hat, noch länger Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu sein und bewirken hiermit umgehend unsere Abmeldung.“

Kommentar überflüssig. Nebenbei sei aber noch bemerkt, daß zwei von ihnen, G. M. und F. M., Stammgäste der Textilarbeiter sind, und das erklärt ja so manches. War doch vor nicht allzulanger Zeit in diesem Berg-Hotel eine Schär auslesener Musterkollegen, aus neun Betrieben 21 Mann, beisammen, um über die Gründung einer Sonderlokalorganisation eifrig Beratung zu pflegen. Zu bedauern sind nur diejenigen unserer Mitglieder, die einer derartigen Kolonne zugröhlen und zuzuschauen. Es wird wirklich höchste Zeit, unsere Filiale von einigen dieser unsauberen Elemente zu säubern.

Goldmühl. Zwischen den Bergabhängen des Fichtelgebirges liegt im Tale ein kleiner Ort: Goldmühl. Die Naturschönheiten begaunern den Fremden, und der einsame Wanderer findet zur Umwechselfung auch einmal einen mächtigen Schornstein und klappernde Webstühle. Welche Pracht muß es sein, hier Arbeit zu haben, als freie Menschen. Und doch ist es nicht so. Die herrliche Gegend ist eine Hölle für die fromenden Arbeiter. Niedrige Löhne, ein scharf ausgeklügeltes Prämienystem, das ist die Signatur in diesem Eldorado. Diese Zustände haben bereits vor sieben Jahren dort geherrscht. Anlässe zur Organisation waren bereits damals vorhanden; doch die Firma machte kurzen Prozeß mit den „Aufwiegeln“. Sie wurden kurzerhand entlassen, und die Kirchhofsruhe, die zu den Naturschönheiten gehört, trat wieder ein, bis vor acht Wochen wiederum eine Anzahl Kollegen sich versammelten und eine Filiale errichteten.

Die Firma J. W. Eck versucht, das Mittel von 1901 wiederum anzuwenden, nur mit dem Unterschied, daß das Verfahren länger dauern soll. Nachdem die Firma Kenntnis von der Gründung der Filiale erhielt, ließ der Firmeninhaber den Arbeitern sagen, daß er keine organisierten Arbeiter dulde. Wenn die Arbeiter einen Unterstützungsberein gründen wollten, habe er nichts dagegen einzuwenden; ja, die Firma wäre bereit, einen namhaften Beitrag zu leisten. Wie ebel! Am Orte befindet sich auch ein Bäuerlein, dem die Organisation ein Dorn im Auge ist. Alle bei ihm wohnenden Weber müssen die Wohnung räumen, erhalten weder Milch, Eier, Butter usw., wenn sie sich organisieren. Trotz dieses Terrorismus haben die Arbeiter die Organisation als eine kulturgeschichtliche Notwendigkeit erkannt und suchten von neuem mehr Mitglieder für sie zu werben, so daß jetzt von 100 beschäftigten Arbeitern circa 70 dem Verband angehören.

Die Firma erfannt ein neues Mittel. Den im benachbarten Orte Bischofsgrün wohnenden Arbeitern, die politisch seit Jahren sich gut entwickelt haben, und die auch das Fundament zur Filiale bilden, wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß sie in der Woche dreimal einen halben Tag feiern müssen. In der Tat fühlen diese Kollegen den Lohnausfall sehr stark. Die Notwendigkeit der Organisation wird ihnen dadurch natürlich um so begreiflicher gemacht. Um mit der Firma einmal abzurechnen, fand am 26. April eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, die sehr gut besucht war. Unter anderem hatten sich auch der Herr Direktor mit einem Stab von Meistern, das oben geschilderte Bäuerlein und ein Hausreißer für die Firma — ein Arbeiter — eingefunden. An Stelle des verbotenen Kollegen Dreffel hatte Kollege Raitchel-Hof das Referat über: „Zweck und Nutzen der Organisation“ übernommen. Der Referent führte den Kollegen die Ziele unserer Organisation vor Augen und ging dann näher auf die Vorgänge in dem Betrieb, als auch auf die augenfällig beachtliche Pertrümmung der Organisation ein. Der Direktor als auch das Bäuerlein versuchten mit keinem Wort ihre Handlungsweise, die der Referent unter stürmischem Beifall geißelte, zu verteidigen. Nur der Arbeiter — Knarr heißt er — fühlte sich bewegt, die Firma herauszutreiben. Die Arbeiter mühten doch zu frieden ein, die Firma sei ja immer sehr nobel mit den Arbeitern gewesen, und man möchte doch bitten, dann würde die Firma auch Zugeständnisse machen. Diese Ausführungen machte derselbe „Audarbeiter“, der überführt wurde, daß er einige Tage vorher zum Streik hegte, wenn die Firma die Lage der Arbeiter nicht verbesserte. „Webmeisterland!“ riefen ihm die Kollegen am Tische allein, und unter höhnlichem Beifall verließ der „wackere Kämpfer“ das Feld. Kollege Raitchel ging in seinem Schlusswort nochmals auf die Handlungsweise der Direktion ein und fertigte den „Arbeiter“ gründlich ab, die Kollegen dabei auffordernd, immer mehr die Organisation zu stärken.

Schon oft wurde über die Schmutzkonzurrenz der oberfränkischen Textilarbeiter geklagt. Wer Einblick in die Verhältnisse gewonnen hat, begreift sie. An Blüchweber zahlte die Firma 26 Mk. Lohn in 14 Tagen, wie uns vorliegende Lohnzettel beweisen. Das Meter Ware wird für 48 bzw. 52 Pf. exklusive 8 Pf. Prämie dort hergestellt. Die Stücklänge beträgt in der Regel 51 Meter, 48 oder 49 Meter werden eingeschrieben. Geht einmal ein Arbeiter ins Kontor, um zu reklamieren, dann wird eine Philippika über die Begehrlichkeit der Arbeiter losgelassen, die große Unkenntnis von „knappem Umgang mit Menschen“ verrät. Die Arbeiterschaft von Goldmühl und Umgebung aber möge erkennen, daß die Verhältnisse nur gebessert werden können, wenn auch der letzte Arbeiter der Organisation angeschloffen ist.

Sameln a. W. Einen recht drastischen Beweis für die „Lautheit“ und „Gleichgültigkeit“ unserer Mitglieder am Orte bot der Besuch unserer am Sonntag den 26. April, abgehaltenen Mitgliederversammlung. Trotz Einladung per Karte usw., die einem jeden Mitgliede zugesandt war, hatten es nur recht wenige für notwendig erachtet, der Einladung Folge zu leisten. Als hauptsächlichster Punkt stand zunächst „Bericht über die Springer Lohnbewegung auf der Tagesordnung. Auf Wunsch einiger Kollegen aus Sameln, erstatteten Kollegen aus Springe Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung dortselbst. Man war hier in Sameln der Ansicht, daß bei der Lohnbewegung in Springe von seiten des Gauleiters Fehler begangen worden seien, wodurch der Erfolg der Bewegung in Frage gestellt worden sei, was einigen Mitgliedern zum Austritt bewogen hätte. Durch irgendein Mitglied (der augenscheinlich Freude an der Uneinigkeit der Mitglieder zu haben

(scheint), wurde dieses Gerede kolportiert, und wie ein Lauffeuer verbreitete es sich unter den Mitgliedern selbst, die nun unbedingt Aufklärung wünschten...

Denn nach dem Berichte der Springer Kollegen hat der Gauleiter nur das, was ihm im gegebenen Moment für unbedingt notwendig und taktisch richtig erschien, angeordnet...

Darum haben wir auch in Garmeln keinen Grund, wegen des Austritts dieser Kollegen Trübsal zu blasen; lassen wir es uns angelegen sein, diesen Leuten das Unwürdige ihrer Handlungsmotive klarzumachen...

Kirchberg. Diplom für Treue in der Arbeit. Die Firma F. G. Wolf sen. gab einem Arbeiterauschussmitglied die Entlassung, der zu letzten Ostern sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum in diesem Betriebe feiern konnte...

Grünberg. Die am 25. April abgehaltene Mitgliederversammlung war ziemlich gut besucht. Kollege Schneider gab den Bericht von der Gaukonferenz in Liegnitz...

In der Schlesiens Tuchfabrik werden - wenigstens von einzelnen - immer noch sehr viel Ueberstunden geleistet. Ein Arbeiter, welcher schon über 70 Jahre alt ist, arbeitet fast jeden Tag 18 Stunden...

Limbach i. Sa. Eine am Sonnabend, 25. April, nach Meiffa in den Gasthof „Zum weißen Roß“ einberufene, gut besuchte öffentliche Textilarbeiter- und -arbeiterinnenversammlung wurde uns leider dadurch illusorisch gemacht, daß entgegen der Einberufung durch Plakate, Handzettel und Injerat in der „Volkstimme“...

Lobberich. In der am Montag, den 27. April, abgehaltenen Vorstandssitzung wurde folgendes Material zusammengestellt: Es wurde zur Arbeitslosenunterstützung sowie den eigenartigen Lobbericher Verhältnissen Stellung genommen...

Rheydt. Ein Arbeiter, der aus anscheinend nichtigen Gründen bei der Firma Ag die Kündigung erhielt, suchte beim Firmeninhaber brieflich um eine Unterredung nach, um demselben über sämtliche Mißstände im Betriebe und gleichzeitig über seine Kündigung Aufklärung zu geben...

Rheydt. Unsere Verbandskollegen werden ersucht, den Verkehr immer mehr nach unserem Vereinslokal zu leiten. Es muß sich jeder zum Prinzip machen, nur dort zu verkehren, wo man auch in den Lokalen seine Interessen vertreten kann...

Sindelfingen. Am Sonnabend, 11. April, hielt die hiesige Filiale eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher Kollege Schwarz aus Reutlingen sprach. Er erläuterte die drei wichtigsten Punkte, welche auf der Verbandsgeneralversammlung zur

Sprache kommen würden: Arbeitslosenunterstützung, Beitragserhöhung und Arbeitsnachweis. In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage erörtert, wer als arbeitslos anzusehen sei...

Literatur.

Technologie der Spinnerei. Ein Lehr- und Lernbuch für technische Fachschulen. Verfaßt von Julius Zipsier, Professor der mechanischen Technologie an der k. l. Staatsgewerbeschule in Döbling...

Briefkasten.

W. Nürnberg. Wenn Sie in der Verwaltung sitzen, so können Sie doch da Ihrer Meinung Ausdruck geben.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein...

Gauverwaltungen.

Gau Schlesien. Der Gauvorstand hat sich neu konstituiert. Er besteht aus folgenden Personen: Gauleiter: Otto Fritsch, Liegnitz, Schloßstraße 22, III; Gauvorsteher: Bruno Schumann, Liegnitz, Georgenstraße 12, part.; Gaukassierer: Heinrich Forst, Liegnitz, Neue Dreslauer Straße 30, II...

Ortsverwaltungen.

Brieg. Die Adresse des Vorsitzenden ist Mag. Sid. Fischerstraße 19. Alle Korrespondenzen sind an diese Adresse zu richten. Berlin. Das Buch, Stammaummer 364 021, auf den Namen August Riep lautend, wolle man bei seinem Auftauchen in Berlin, Blumenstraße 38, im Restaurant, abgeben...

Gera. Das Mitgliedsbuch Nr. 370 613, lautend auf den Namen Albin Jugold, ist abhanden gekommen. Es wird ersucht, dasselbe bei seinem Auftauchen an die Geschäftsstelle, Alte Schloßgasse 11, abzugeben...

Mittweida. Vom 1. Mai ab befindet sich die Geschäftsstelle Schützenstraße 31, parterre, wohin alle Zuschriften zu senden sind. Sprechstunden von vormittags 10-1 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr...

Rheydt. 1. Vorsitzender: Albert Prinz, Wilhelmstraße 82. Rheydt. Mit der Firma Ramers bezw. deren „Berichtigung“ wird sich unser Korrespondent in einer der nächsten Nummern beschäftigen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bremen. Anna Goshel, 19 Jahre alt - Entbindungsfolgen; Anna Stefalska, 21 Jahre alt. Buchholz. Otto Bedert, Kosamentierer, 67 Jahre alt. Grimmitzhan. Klara Bräutigam, 27 Jahre alt - Entbindungsfolgen...

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.) Im Streit befinden sich bezw. sind ausgesperrt: Weber in: Salza (Vergener u. Geiß). Dirker in: Gornsdorf. Meinersdorf (Drehsel u. Günther).

Sandrunder in: Penig (A. Glaser). W arnsdorf (Böhmen) [Werner jun.]. In Bewegung ohne Streik befinden sich Teppichweber in: Naghberekeri, Ungarn (Lorantthaler Teppich- und Möbelstoff-Fabrik)...

Versammlungskalender.

Apolba. Sonnabend, 16. Mai, im Gewerkschaftshaus „Vorwärts“. Augsburg. Sonnabend (Samstag), 16. Mai, im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. B erga. Sonnabend, 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Zollhaus“...

ANZEIGEN (Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Sommerfeld, Bezirk Frankfurt a. O. Montag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstentum“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Bericht von der Generalversammlung; 3. Verschiedenes. Recht zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Rheydt. Rheydt. Bei Gelegenheit der Frühjahrskirmes veranstaltet die Filiale unseres Verbandes am Sonntag, den 10. Mai, von 1/8 Uhr an im Verkehrslokal von Wilhelm Petten, Carlstr. 91, einen großen Festball. Eintritt frei. Zahlreichem Besuch sieht entgegen Die Verwaltung.

Günzburg. Günzburg. Maifeier 1908. Sonntag, den 10. Mai, im „Ratskeller“: Großes Maifest bestehend in Gesangsvorträgen, Feste und Volksbelustigungen. Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wasewitz, Berlin N., Lycheuerstr. 31 III, zu richten. Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 11. Mai. Verlag: Carl Hübsch. - Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. - Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.